



---

---

## **Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie**

### **15. Sitzung (öffentlicher Teil)<sup>1</sup>**

22. März 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:04 Uhr bis 12:52 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Vanessa Kriele

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |          |   |           |
|----------|---|-----------|
| <b>1</b> | <b>Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW</b> ( <i>beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]</i> )  | <b>7</b>  |
| <b>2</b> | <b>Vorstellung der Arbeit von START NRW</b><br>– Gespräch mit Sascha Bruckhoff (START NRW) ( <i>Präsentation s. Anlage 2</i> )  | <b>14</b> |
| <b>3</b> | <b>Energiekrise – Auswirkungen und Maßnahmen</b><br>Bericht<br>der Landesregierung<br>Vorlage 18/1002<br><br>– mündlicher Bericht der Landesregierung<br><br>– Wortbeiträge | <b>22</b> |

---

<sup>1</sup> vertraulicher Sitzungsteil mit TOP 16 siehe vAPr 18/25

- 4 Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen 28**
- a) Strukturwandel im Rheinischen Revier 28**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
  - Wortbeiträge
- b) Auswirkungen der Schließung weiterer Filialen von GALERIA Karstadt Kaufhof 30**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
  - Wortbeiträge
- 5 Mithilfe des chemischen Recyclings Lücken schließen und die Kreislaufwirtschaft stärken 34**
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1662
- Ausschussprotokoll 18/126 (Anhörung vom 18.01.2023)
- abschließende Beratung und Abstimmung
    - Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.
- 6 Die Gewinnung heimischer Gasvorkommen für mehr Versorgungssicherheit und Klimaschutz ergebnisoffen prüfen 37**
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1665
- Ausschussprotokoll 18/149 (Anhörung vom 01.02.2023)
- abschließende Beratung und Abstimmung
    - Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der FDP-Fraktion ab.

- 7 NRW auf dem letzten Platz – nach katastrophalem Schrumpfen der Wirtschaft muss die Landesregierung mit aktiver Wirtschaftspolitik die Wende schaffen** **40**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/1692
- Ausschussprotokoll 18/151 (Anhörung vom 01.02.2023)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.
- 8 Mit einer Arbeits- und Fachkräfteoffensive im Bereich der beruflichen Bildung dem Fachkräftemangel in Nordrhein-Westfalen begegnen** **44**
- Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/1353
- Ausschussprotokoll 18/148 (Anhörung vom 01.02.2023)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.
- 9 Biogas und Biomethan als Beitrag zur Energieunabhängigkeit ausbauen und fördern** **45**
- Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1359
- Ausschussprotokoll 18/118 (Anhörung vom 11.01.2023)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

**10 Die Landesregierung muss den Schutz der Kritischen Infrastruktur sicherstellen** **46**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/1375

Ausschussprotokoll 18/163 (Anhörung vom 09.02.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

**11 „Europakonferenz für Energiesicherheit und Wachstum“: Gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden schaffen wir warme Wohnungen, sichere Stromnetze und internationale Verständigung** **47**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1664

Ausschussprotokoll 18/154 (Anhörung vom 03.02.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD ab

**12 Fachkräftesicherung durch die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung – Verankerung in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])** **48**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1014

Der Ausschuss kommt auf Wunsch der Fraktion der SPD überein, eine Anhörung durchzuführen und über das weitere Verfahren im Rahmen einer Obleuterunde zu beraten.

- 13 Erst Trimet, jetzt Speira – wer wird das nächste Opfer der energie-wendenden, großen Transformation ?** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 4])* **51**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1015

– Wortbeiträge

- 14 Flächenanalyse Windenergie – weitere Umsetzungsschritte** *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 5])* **53**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1016

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der FDP-Fraktion überein,  
den Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung zu behandeln.

- 15 Verschiedenes** **54**

– keine Wortbeiträge

\* \* \*



**1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW** (beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Die Aktuelle Viertelstunde mit dem Titel „OVG-Urteil zu den Corona-Soforthilfen 2020: Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung für die Förderverfahren?“ wurde von der SPD-Fraktion beantragt.

Wir haben hier im Ausschuss schon einmal eine Aktuelle Viertelstunde durchgeführt. Damals habe ich darauf hingewiesen, dass wir uns immer eng an die vorgegebenen Redezeiten halten wollen. Das gilt vor dem Hintergrund unserer ansonsten schon sehr vollen Tagesordnung auch heute. Die Aufteilung der Redezeiten orientiert sich dabei an der Regelung bei einer Unterrichtung im Plenum.

Heruntergebrochen auf die Aktuelle Viertelstunde wäre mein Vorschlag, dass für die Fraktionen von CDU und SPD sowie die Landesregierung wieder jeweils 3 Minuten, für die Grünenfraktion 2,5 Minuten und für die Fraktionen von FDP und AfD je 2 Minuten Redezeit gelten. Da die SPD-Fraktion die Aktuelle Viertelstunde beantragt hat, erhält sie auch als Erste das Wort.

**Nadja Lüders (SPD):** Das Urteil liegt nun seit Freitag vor, wenn auch noch nicht mit vollständiger Begründung. Ich vermute, dass die Landesregierung genau darauf rekurrieren wird. Gleichwohl hat das OVG in einer sehr ausführlichen Pressemitteilung zumindest sehr deutlich gesagt, dass die Schlussbescheide rechtswidrig sind.

Wir benötigen für das weitere, vom OVG ebenfalls eröffnete Verfahren, Klarheit darüber, wie viele Schlussbescheide bei insgesamt 430 in der Zeit der Coronapandemie bewilligten Soforthilfemaßnahmen zurzeit in der Welt sind. Wie viele davon wurden beklagt? Wie viele Betroffene haben am sogenannten Abrechnungsverfahren teilgenommen, aber bislang noch gar keinen Schlussbescheid bekommen? Was kommt also zukünftig noch auf uns zu?

Wie viele haben sich überhaupt nicht zurückgemeldet und sind völlig untergetaucht? Wie geht man mit denen um? Welche Kriterien gedenkt das Land aufzustellen, um jetzt korrekt und rechtmäßig nach den Maßgaben des OVGs vorzugehen?

Zum Schluss: Was bedeutet die gönnerhafte Ankündigung der Ministerin, die Frist zur Rückzahlung auf den November zu ziehen? Auf welcher Grundlage geschieht das, wenn derzeit klar ist, dass das Rückmeldeverfahren, so wie es gelaufen ist, nicht rechtmäßig war? Wie schnell – das ist meine abschließende Frage – wird die Landesregierung ein rechtmäßiges Verfahren zustande bringen?

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Vielen Dank, Frau Lüders. – Für die CDU-Fraktion Herr Untrieser bitte.

**Dr. Christian Untrieser (CDU):** Ich finde, ehrlich gesagt, dass wir mit dieser Aktuellen Viertelstunde etwas früh dran sind. Frau Lüders, Sie haben eine ganze Menge Fragen gestellt, die sich heute noch gar nicht beantworten lassen.

Ich saß vor drei Wochen mit den Kollegen Stinka und Matzoll in einer Diskussionsrunde mit Vertretern von ver.di, die Soloselbstständige vertraten. Diese haben uns genau solche Fragen gestellt. Wir alle drei waren uns damals darin einig, dass man zunächst das Urteil abwarten müsse, das sich damals schon am Horizont abzeichnete.

Genauso richtig ist es aber aus heutiger Sicht, dass wir uns nicht nur auf Pressemitteilungen stützen, sondern die schriftliche Urteilsbegründung abwarten, wie das eigentlich normal ist. Diese liegt noch nicht vor. Deswegen schießen auch eine ganze Reihe Ihrer Fragen ins Leere. Das Ministerium kann schließlich gar nichts anderes dazu sagen, als: „Wir warten erst mal ab.“

Es wird dann entsprechend der Hinweise des OVG verfahren, die es sicherlich noch geben wird. In der Tat hat das OVG in der Pressemitteilung gesagt, dass die beklagten Schlussbescheide rechtswidrig und daher aufzuheben sind. Auf der anderen Seite hat es aber auch schon einige Hinweise gegeben, wie die Coronasoforthilfe aufzufassen wäre, nämlich nach dem objektiven Empfängerhorizont. Das ist schon sehr interessant und lässt tief blicken, was das Urteil am Ende sagen wird. Vermutlich werden wir uns in der Zukunft noch damit beschäftigen müssen.

Ich möchte herausstellen, dass dies insgesamt keine besondere schöne Situation für die Betroffenen ist, weil es missverständliche Kommunikation vonseiten des Bundeskanzlers Scholz gab. Schauen Sie sich die Zitate an, die ver.di vorbringt. Natürlich gab es auch missverständliche Kommunikation vonseiten des Landes, zumindest was die Frage betrifft, ob man die 9.000 Euro komplett behalten kann oder nicht.

Auf der anderen Seite muss man aber konstatieren, dass wir uns in einer absoluten Krisensituation und Notlage befanden. Für viele Soloselbstständige haben wir den Laden von heute auf morgen dicht gemacht. Friseure und freischaffende Künstler zum Beispiel hatten damit keine Einnahmemöglichkeiten mehr. Der Staat war da in der Verantwortung, schnell und unbürokratisch zu helfen.

Ich stelle mal fest, dass das Land Nordrhein-Westfalen diesen Menschen unmittelbar und ausgesprochen schnell geholfen hat. Es war eine schwierige und vorher auch noch nie da gewesene Krisensituation, und man hat die 9.000 Euro sehr schnell ausgezahlt.

Andere Bundesländer haben das eben nicht gemacht. Es kann kritisiert werden, dass Fehler passiert sind. Das ist in Ordnung. Aber angesichts dieser Tatsache war das damals insgesamt richtig. Ich finde es etwas schwierig, alles zu kritisieren. Wir reden bezüglich der Coronakrise zum Beispiel auch über Studenten, die seit einem halben Jahr auf ihre 200 Euro warten. Da muss man sich die Frage stellen, ob eine schnelle Reaktion des Staates nicht manchmal richtig ist, auch wenn dann eventuell Fehler passieren.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Sie müssten zum Schluss kommen.

**Dr. Christian Untrieser (CDU):** Ich komme damit zum Ende. – Entschuldigen Sie bitte die etwas langen Ausführungen.



**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Kein Problem, die Zeit war auch nur minimal überzogen. – Als Nächstes dann Herr Matzoll für die Fraktion der Grünen. Für die FDP-Fraktion hat anschließend Herr Brockes das Wort.

**Jan Matzoll (GRÜNE):** Es ist erst mal sehr wichtig und gut, dass wir dieses Urteil jetzt haben und mit dieser Pressemitteilung bereits ohne die ausführliche Urteilsbegründung große Klarheit geschaffen wurde. Es ist aber auch klar, dass für das Ministerium an dieser Stelle jetzt viel zu tun ist. Die Bescheide müssen jetzt so bearbeitet werden, dass sie rechtssicher sind.

Mein Kollege Herr Untrieser hat auch schon viel zu der Situation gesagt, in der die Bescheide entstanden sind und dieses Modell der Coronasoforthilfe auf den Weg gebracht wurde. Angesichts der damaligen Konstellation auf Bundes- und auf Landesebene ist es meines Erachtens nicht hilfreich, sich politisch den schwarzen Peter zuzuschieben.

Stattdessen sollte man klar sehen, dass sehr viele Betroffene jetzt endlich schnell Rechtsicherheit haben wollen. Da finde ich es nicht gönnerhaft, sondern sehr sinnvoll, dass das Ministerium sehr klar gesagt hat: Wir verschieben die Frist auf Ende November.

Das ist gerade in einer Situation, in der das Urteil erst noch umgesetzt werden muss, ein klares Zeichen. Für diejenigen, die jetzt zurückzahlen müssen, ist es wichtig, dass das jetzt eben nicht hopplahopp passiert, sondern ausreichend Zeit zwischen einem noch zu erhaltenden, rechtsgültigen Endbescheid und der notwendigen Rückzahlung der Summe bleibt.

**Dietmar Brockes (FDP):** Ich möchte sparsam mit meiner Redezeit umgehen und deswegen zunächst die Ausführungen der Ministerin hören.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Dann Herr Loose für die AfD-Fraktion.

**Christian Loose (AfD):** Als AfD-Fraktion haben wir bereits im September vergangenen Jahres einen Antrag zu einem Konzept für eine sach- und interessengerechte Überprüfung der Abschlussbescheide zur Coronasoforthilfe gestellt. Wir forderten auch ein Konzept für diejenigen Fälle, die nicht Gegenstand von Klageverfahren sind. Zudem forderten wir einen Zahlungsmoratorium. Mit diesen Maßnahmen wollten wir den Bürgern den Druck nehmen sowie die Zahl der Klageverfahren reduzieren.

Doch die anderen Parteien, auch die SPD, stimmten dagegen. Aber gut, AfD wirkte zum Glück trotzdem, denn eine Woche später ließ Frau Ministerin Neubaur mitteilen, dass die Fälle geprüft würden.

Die Katastrophe bei der Umsetzung der Coronahilfen begann übrigens unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung. Das Schlimmste war die falsche Kommunikation der Regeln. Die Bürger bekamen die Information, dass sich die Hilfen an den Umsatzeinbußen und nicht, wie dann Wochen später klargestellt wurde, an den eingetretenen Verlusten orientierten. Es gilt der Grundsatz: Unklarheiten gehen immer zulasten der Behörden, nicht der Empfänger. Deshalb kommen die Urteile nicht überraschend.

Der Richter sprach von einer handwerklich schlechten Umsetzung und davon, dass man besser einen Sprachwissenschaftler über den Bescheid hätte gucken lassen, bevor man diesen 400.000-mal verschickte. Eine schallende Ohrfeige, wie wir finden.

Unverändert bedarf es jetzt, wie von der AfD vorgeschlagen, eines Konzeptes, welches auch die Fälle umfasst, die nicht Gegenstand eines Klageverfahrens sind. Im Gegensatz zu dem SPD-Konzept, das vorsieht Geschenke nach dem Gießkannenprinzip zu verteilen, sollte dabei die Einzelfallgerechtigkeit im Vordergrund stehen.

**Ministerin Mona Neubaur (MWIKE):** Zur Zeit der Entscheidung 2020 stand die gesamte Republik unter massivstem Stress, und zwar explizit auch diejenigen, die von der Soforthilfe Gebrauch gemacht haben. Ich will das zu Beginn meines Redebeitrags in aller Wertschätzung den Betroffenen gegenüber zum Ausdruck bringen. Es gab Klagen gegen die Bescheide. Am Freitag hat Münster entschieden.

Ich sage mal in Zahlen, was in den vergangenen zwei Jahren passiert ist: 283.000 Schlussbescheide wurden erlassen, davon etwa 80 % mit einer teilweisen Rückforderung. Das Volumen der Rückforderungen beträgt rund 1,4 Milliarden Euro.

Diese Rückforderungen müssen wir übrigens dem Bund gegenüber leisten, weil die verteilten Hilfsmittel vor allem aus Bundesgeld stammten. Insgesamt sind nach jüngsten Zahlen noch 1.600 Klagen gegen die Schlussbescheide bei den Verwaltungsgerichten anhängig, die eine Rückforderung zum Gegenstand haben. Das entspricht aber nur – in Anführungszeichen – 0,6 % aller erlassenen Schlussbescheide.

Das OVG Münster hat am vergangenen Freitag die Berufungen, die das Land Nordrhein-Westfalen eingelegt hatte, in drei Verfahren zurückgewiesen und die drei erstinstanzlichen Urteile des Verwaltungsgerichts Düsseldorf bestätigt. Im Wesentlichen begründet Münster seine Entscheidung wie folgt:

Der Schlussbescheid ist rechtswidrig, weil das Land bindende Vorgaben aus dem Bewilligungsbescheid nicht umgesetzt hat, die für eine endgültige und präzise Festsetzung der Soforthilfe hätten beachtet werden müssen. Das Meldeverfahren ist rechtswidrig, da es so keine Grundlage im Bewilligungsbescheid findet.

Der Bewilligungsbescheid selbst ist durch das OVG Münster als rechtmäßig beurteilt worden. Seine Regelungen sind trotz missverständlicher Formulierungen vorläufiger Natur. Er enthält eine klar erkennbare Rückzahlungsverpflichtung, die sich aus dem Förderzweck ergibt. Entsprechend dem Bewilligungsbescheid und der dort zitierten Bundes- und EU-Vorgaben bestand der Förderzweck ausschließlich darin, eine pandemiebedingte finanzielle Notlage abzufedern und insbesondere Liquiditätsengpässe zu überbrücken, und gerade nicht darin, bloße Umsatzausfälle zu kompensieren.

Zu den Auswirkungen des OVG-Urteils. Bewilligungsbescheide der NRW-Soforthilfe hätten in Teilen besser und präziser formuliert werden können, aber das OVG Münster stellte am Freitag klar, dass das Land weiterhin berechtigt sei, die den Empfänger\*innen zustehende Höhe der Soforthilfe in Form von neu zu erlassenen Schlussbescheiden endgültig festzusetzen und überzahlte Beträge auf dieser Grundlage zurückzufordern. Der Bund ist dabei, wie gesagt, der größte Gläubiger.

Die Urteile sind nicht rechtskräftig, direkte Auswirkungen haben sie nur für diejenigen Personen und Unternehmen, die gegen den Schlussbescheid geklagt haben. Für die drei vor dem OVG Münster verhandelten Fälle bedeutet dies, dass die Urteile des Verwaltungsgerichts Düsseldorf bestätigt wurden und keine Rückzahlungen auf der Grundlage des bisherigen Schlussbescheide zu leisten sind.

Die übrigen 1.600 erstinstanzlich noch anhängigen Klageverfahren werden die Verwaltungsgerichte unter Beachtung der Rechtsauffassung des OVG NRW zu beurteilen haben. Alle Soforthilfeempfängerinnen und -empfänger, die zur Rückzahlung aufgefordert wurden und nicht dagegen geklagt haben, sind weiterhin dazu verpflichtet. Für sie hat das OVG-Urteil keine Auswirkungen.

Die Landesregierung hat – es wurde erwähnt – die Rückzahlungsfristen auf den 30. November 2023 verlängert, weil wir um die besonderen Herausforderungen der Betroffenen wissen und alles dafür tun wollen, dass wir das jetzt in einem sauberen Verfahren zu Ende bringen. Sehen Sie mir die Bemerkung nach: Das ist nicht gönnerhaft. Es handelt sich um Bundesgeld. Deswegen müssen wir uns mit dem Bund abstimmen, und dieser ermöglicht es uns nicht, die Frist noch weiter zu verlängern.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Ich will nur kurz darauf hinweisen, dass die Landesregierung die vereinbarte Redezeit um eine Minute überschritten hat. Wie es auch bei Plenarsitzungen üblich ist, würde ich den Fraktionen entsprechend dieselbe Möglichkeit geben. Nun könnte zunächst die SPD-Fraktion noch einmal reagieren. Sie hatten noch zwei Minuten Redezeit.

**Nadja Lüders (SPD):** Ich würde da gerne noch mal nachhaken, Frau Ministerin. Sie sagten gerade, zu den 430.000 Bewilligungen lägen gerade mal 80 % an Schlussbescheiden vor. Was ist denn mit den 20 %, die sich an diesem für rechtswidrig erklärten Rückmeldeverfahren beteiligt und womöglich schon gezahlt, aber noch keine Schlussbescheide erhalten haben? Wird sich darum gekümmert?

Wie wollen Sie jetzt, da das Rückmeldeverfahren für rechtswidrig erklärt worden ist, diese unterschiedlichen Fallkonstellationen innerhalb der von Ihnen gesetzten Frist zur Rückzahlung bis zum 30. November 2023 in einem sauberen Verfahren bewältigen? Die Rückzahlung setzt einen rechtmäßigen Bescheid voraus, der hoffentlich auch nicht wieder beklagt wird. Wie ich gehört habe, wartet man erst die Begründung ab, obwohl man schon auf die PM des OVG eingeht. Das wird ziemlich knapp.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Ich schaue in Richtung der CDU-Fraktion. – Besteht bei der Grünenfraktion der Wunsch zu sprechen? – Auch nicht. Dann Herr Brockes für die FDP-Fraktion.

**Dietmar Brockes (FDP):** Es ist schon gesagt worden: Wir haben damals in einer sehr außergewöhnlichen Situation gehandelt und das wirklich im Hauruckverfahren durchgesetzt. Es war allen Beteiligten ausgesprochen wichtig, möglichst schnell insbesondere vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen und Selbstständigen zu helfen.

Deshalb war es auch richtig, dass an der Stelle Schnelligkeit vor Gründlichkeit ging. Ich bin ansonsten nicht immer dieser Auffassung, aber an dieser Stelle war es wirklich geboten.

Deshalb möchte ich auch noch einmal unseren deutlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden aussprechen, die wirklich zügig gehandelt haben. Dabei kann es natürlich auch schon mal zu Fehlern kommen.

Aber erinnern wir uns zurück. Zu der damaligen Zeit – da lag Herr Loose gerade mal wieder falsch – hat die damalige, die große Koalition die Regelungen sehr häufig im Nachhinein verändert. Da hat das Land schon gehandelt und dann kam Veränderung seitens des Bundes. Deshalb würde ich den Fehler nicht unbedingt bei uns suchen, sondern die Frage stellen, inwiefern auch der Bund durch unklare Vorgaben Verantwortung dafür getragen hat, dass es jetzt zu diesen Abrechnungsproblemen kommt.

Für uns ist deshalb jetzt wichtig, dass durch das OVG-Urteil jetzt Klarheit herrscht.

Wir wollen nicht, dass die Lehre daraus im Anschluss ist, dass die Behörden ihren Ermessensspielraum, den sie hier genutzt haben, zukünftig nie mehr nutzen. Es wäre nämlich fatal, wenn die heute schon viel zu langwierigen Verfahren in Nordrhein-Westfalen zukünftig noch länger dauerten, weil keiner mehr entscheiden wollte. Deshalb müssen wir hier insbesondere gucken, wie wir den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern helfen

Bezüglich der neuen Schlussbescheide bin ich sehr skeptisch. Frau Ministerin, könnten Sie ausführen, wie viel Aufwand und Personal dafür benötigt wird, ob dieses Personal in den Bezirksregierungen auch zur Verfügung steht oder vielleicht an anderen Stellen fehlen würde? Mir würden jedenfalls sehr viele Bereiche einfallen, in denen im Moment Personal fehlt. Deshalb erwarten wir als Freie Demokraten hier eine vernünftige Regelung, die auch im Interesse der Betroffenen ist.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Bei der AfD-Fraktion besteht kein Wunsch, noch mal zu reden. Die Landesregierung hat – wenn ich es richtig verstanden habe – immer die Möglichkeit, sich zu äußern, und es sind auch noch mal Fragen adressiert worden. Ich würde deswegen Herrn Abteilungsleiter Henze die Möglichkeit geben, für die Landesregierung zu reagieren

**MDgt Dr. Michael Henze (MWIKE):** Frau Lüders, Sie hatten am Anfang nach dem Zahlengerüst gefragt: Es sind 430.000 Anträge gestellt worden. Wir haben 283.000 Schlussbescheide erlassen, von denen wiederum 1.600 beklagt worden sind.

Sie haben auch nach den Fällen gefragt, in denen es keine Schlussbescheide gegeben hat. Das sind zunächst solche, die sich dadurch erledigt haben, dass die Empfängerinnen und Empfänger das Geld freiwillig in voller Höhe zurückgezahlt haben. Damit hatten sich die Schlussbescheide schon erledigt. Das gab es im Verhältnis zu den 430.000 insgesamt bewilligten Anträgen in gar nicht so wenigen Fällen.

In dem Moment, als die ersten Verwaltungsgerichte entschieden hatten, haben wir das Versenden von Schlussbescheiden zunächst gestoppt. Da sind sozusagen noch

welche in der Pipeline. Deswegen gibt es rund 225.000 bestandskräftige Schlussbescheide. In 60.000 Fällen haben die Empfänger trotz zwei- bis dreimaliger Erinnerung auf unterschiedlichen Kanälen überhaupt nicht auf unser bisheriges vom Gericht als nicht rechtsgültig erwiesenes Rückmeldeverfahren reagiert. In ungefähr 50.000 Fällen sind die Schlussbescheide aus unterschiedlichen Gründen noch nicht herausgegangen.

Ob sich die von uns jetzt verlängerte Frist wirklich als zu knapp erweist, wird sich ohne die ausführliche Urteilsbegründung noch nicht sagen lassen. Das OVG hat uns nämlich eine sehr ausführliche Begründung, eine sogenannte Segelanweisung, angekündigt, weil es auch selbst ein Interesse daran hat, dass sich die 1.600 ausstehenden Verwaltungsgerichtsverfahren auf der Grundlage dieser Grundsatzentscheidung schnell erledigen.

Das OVG wird uns also wahrscheinlich relativ präzise Vorgaben dafür machen, wie der Schlussbescheid bzw. das Rückmeldeverfahren rechtsgültig ausgestaltet wird. Davon wird abhängen, wie viel Zeit wir dafür brauchen, und auf dieser Grundlage werden wir dann auch Ihre Frage beantworten können.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Vielen Dank, Herr Henze. – Bei der SPD-Fraktion besteht noch einmal der Wunsch zu reagieren.

**André Stinka (SPD):** Wir alle müssen uns darüber im Klaren sein – hier klang so ein bisschen an: Schnelligkeit? Ja, bitte –, dass das Vertrauen in den Staat trotzdem immer und auch in jeder Krise erhalten bleiben muss. Ansonsten entsteht genau das Problem, auf das Sie die Antwort gerade schuldig geblieben sind: Wie wollen Sie dafür sorgen, dass diejenigen, die sich auf den Klageweg begeben haben, und diejenigen, die es nicht getan haben, das Gefühl haben, der Staat arbeite nach einheitlichen Maßstäben? Mir fehlt jedes Verständnis dafür, dass man sagt: Das schauen wir uns mal an.

Zum anderen möchte ich bei der Kollegin Lüders einhaken. Der jetzt gesetzte Termin ist schon sehr sportlich. Wenn die Begründung kommt, beginnt ein Verwaltungsverfahren, für das wir bekanntermaßen – das war ja in der Haushaltsanmeldung ersichtlich – gar nicht genug Personal haben, sodass wir es extern vergeben müssen. Um Treu und Glauben herzustellen, fordert die SPD-Fraktion, dass klar sein muss und auch alle das Gefühl haben müssen, dass hier ordentlich gearbeitet wird. Das gegenteilige Gefühl konnte bisher leider nicht ausgeräumt werden.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Die Landesregierung hat nachvollziehbarerweise sehr lange ausgeführt, um den Sachverhalt darzulegen. Damit durch die verlängerten Redezeiten aus der Aktuellen Viertelstunde keine halbe Stunde wird, frage ich, ob der Wunsch besteht, dies noch weiter zu erörtern.

Ansonsten habe ich gerade auch schon den Hinweis bekommen, dass es seitens der Landesregierung zu dem Thema zu einer späteren Gelegenheit eine erneute Erörterung geben wird, wenn die OVG-Begründung vorliegt. Wir würden das dann in einer späteren Ausschusssitzung noch einmal aufgreifen. Ich sehe auch keinen weiteren Gesprächsbedarf im Ausschuss.

## 2 Vorstellung der Arbeit von START NRW

– Gespräch mit Sascha Bruckhoff (START NRW) (*Präsentation s. Anlage 2*)

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Ich begrüße ganz ausdrücklich Herrn Sascha Bruckhoff, Geschäftsführer von START NRW, der schon vor Längerem mit der Bitte Kontakt aufgenommen hat, über die Arbeit von START NRW berichten zu dürfen.

Sie alle haben schon im Vorfeld ein Handout per E-Mail erhalten. Herr Bruckhoff wird die darin enthaltenen Folien heute nicht mehr vorstellen, sondern möchte mündlich darauf eingehen. Auf diese Weise haben wir alle noch Zeit, in den Dialog zu treten und Fragen zur Arbeit von START NRW zu klären.

**Sascha Bruckhoff (START NRW):** Zunächst bin ich wirklich erfreut darüber und dankbar dafür, dass ich die Möglichkeit erhalte, START NRW als Beteiligungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen und insbesondere die Inhalte unserer Arbeit einmal im Rahmen des Ausschusses vorzustellen. Ich bin fest davon überzeugt, dass es Synergieansätze gibt, die hier im Ausschuss besprochen werden können. Wir können Ihnen als START NRW unterstützend zur Seite stehen.

Ich habe 15 Minuten Zeit. Das ist für mich als Vertriebler schwierig, ich werde mich aber durchaus bemühen, diese Vorgabe einzuhalten. Was macht START NRW und warum habe ich die Anfrage an Herrn Dr. Korte gerichtet? Wir stellen uns heute hier vor, weil uns im vergangenen Jahr aufgefallen ist, dass das Land NRW als unser wichtigster Gesellschafter und insbesondere die politischen Akteure sehr wenig oder gar nichts über uns und unsere Tätigkeiten wissen.

START NRW ist seit fast 30 Jahren im HR-Service- und im Consultingbereich am Markt tätig. Das heißt, wir unterstützen Unternehmen, Gewerkschaften und Bildungsträger in prosperierenden Phasen, aber eben auch in Krisenphasen. Auch wenn Unternehmen den Bedarf haben, Personal aufzubauen, nehmen Sie uns in der Regel als Partner zur Seite, um gemeinsam Projekte auf den Weg zu bringen, die nachhaltig dazu führen, dass entsprechende Planstellen besetzt werden.

Im Bereich der Ausbildung und der Fachkräftesicherung sind wir gerade sehr stark mit den Kommunen im Austausch. Wir waren vorgestern noch in Bonn. Dort ging es um 410 Planstellen, in Köln handelt es sich um eine Anzahl im vierstelligen Bereich. Dabei versuchen wir, die Kommunen bestmöglich zu unterstützen, und das können wir. Wir sind infrastrukturell NRW-weit aufgestellt und haben entsprechende Experten in den jeweiligen Bereichen, die dort unterstützend tätig sind.

Vor allem aber begleiten wir Unternehmen in Umstrukturierungs- oder Restrukturierungsprozessen. Beispielsweise haben wir – das sage ich nicht ohne Stolz – bei der Ruhrkohle AG den Steinkohleausstieg sehr erfolgreich und nachhaltig gestalten können. Wir haben einer vierstelligen Zahl von Belegschaftsmitgliedern dabei helfen können, sich am Arbeitsmarkt neu zu orientieren, zu qualifizieren und wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu kommen. Das ist ein Teil unserer Tätigkeit.

Ein weiterer Bereich betrifft Vallourec Deutschland, die sich aus dem Markt zurückziehen werden. Dies wurde in den vergangenen Wochen sicherlich auch hier im Ausschuss behandelt. Dort werden wir ab April die Transferagentur und ab nächstem Jahr die Transfergesellschaft stellen. Die Belegschaft wechselt dann zu START NRW, und unsere Experten helfen den betroffenen Menschen, sich am Arbeitsmarkt neu zu orientieren und neue Beschäftigungsverhältnisse zu finden.

Das Land NRW hat seinerzeit entschieden, sich an START NRW zu beteiligen, weil dadurch bedeutsame wirtschaftsstruktur- und arbeitsmarktpolitische Interessen des Landes durchgesetzt und umgesetzt werden können. Diesem Ansinnen tragen wir mit der Übernahme dieser wichtigen Aufgabe Rechnung.

Der bilaterale Austausch und auch das Verständnis füreinander, für das, was wir tun, wo wir einander auf landespolitischer und regionalpolitischer Ebene helfen können, ist in der Vergangenheit einfach zu kurz gekommen. Deshalb war es mein Ansatz, START Nordrhein-Westfalen und mich vorzustellen. Gern stehe ich im Nachgang für einen persönlichen Austausch zur Verfügung, um zu schauen, wie man bestmöglich an dem einen oder anderen Projekt arbeiten kann. Gerne komme ich auch gelegentlich wieder, um hier im Ausschuss aus der Praxis zu aktuellen Themen zu berichten.

Wir planen zum Beispiel gerade die Einführung regionaler Beiräte. Unter anderem haben wir in Paderborn ein interessantes Beiratsgremium zusammengestellt, an dem auch die Bertelsmann-Stiftung beteiligt ist. Vertreten wird sie durch den Direktor für das Thema „Bildung und Next Generation“, der sich insbesondere für die Themen „Fachkräfte“ und „Fachkräftesicherung“ einsetzt. Sollten diese Themen in diesem Ausschuss einmal behandelt werden, besteht die Möglichkeit, die Ergebnisse der Untersuchung hier zu präsentieren bzw. als Diskussionsgrundlage zur Verfügung zu stellen.

Ich werde heute nicht unser gesamtes Leistungsportfolio vorstellen, weil ich ansonsten die Viertelstunde nicht einhalte. Ich hoffe aber, ich haben genug übergebracht, damit Sie sagen: Mensch, dazu habe ich direkt konkrete Fragen. Es war meines Erachtens auch so gedacht, dass Sie mögliche Fragen direkt mich richten – ansonsten immer gerne im Nachgang.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Vielen Dank, Herr Bruckhoff für die kurze, knackige und klare Vorstellung der Arbeit von START NRW. Das Thema „Fachkräftemangel“ ist zunehmend auch hier im Ausschuss und insgesamt in der Politik stark angekommen und wird heute auch im Zusammenhang mit einem anderen Tagesordnungspunkt noch einmal aufgerufen.

Vielen Dank noch einmal dafür, dass Sie auf uns zugekommen sind und uns das Angebot gemacht haben, dass wir das Gespräch auch immer weiter fortsetzen können. Ich würde vorschlagen, die Fragen zunächst zu sammeln.

**Jan Matzoll (GRÜNE):** Herzlichen Dank für die Vorstellung. Es war gut, über die Folien hinaus das Gesicht von START NRW kennenzulernen und ein paar einordnende Worte zu hören.

Sie haben das Thema „Fachkräftesicherung“ bzw. „Fachkräftemangel“ schon angesprochen. In NRW stehen wir darüber hinaus insbesondere aufgrund unseres industriellen Fokus vor großen Herausforderungen, bei denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur mitgenommen werden müssen, sondern die Transformation auch aktiv gestalten sollen.

Es geht also sowohl um Prozesse innerhalb von Unternehmen, bei denen Sie wahrscheinlich nur sehr bedingt involviert sind, als auch darum, Fachkräfte zu sichern, deren Umfeld sich transformiert hat. Zudem müssen den Fachkräften im fortgeschrittenen Alter die Kompetenzen in den notwendigen Bereichen vermittelt werden. Vermutlich ist auch bei Ihnen selbst eine Transformation notwendig. Wie sehen Sie Ihre eigene Rolle gerade in diesem Transformationskomplex? Wie gehen Sie das an?

**André Stinka (SPD):** Sie haben sich insbesondere auf die Fahnen geschrieben, dass auch Leute vermittelt werden, die ein besonderes Päckchen zu tragen haben. Wir müssen uns jede und jeden genau anschauen. Das ist vom Vorredner schon angesprochen worden. Können Sie darstellen, wie sich die Zusammenarbeit mit den Jobcentern und der Bundesagentur für Arbeit darstellt, wie dieser begleitende Weg dann aussieht und ob es danach weitere Kontakte gibt. Sie müssen schließlich sehen, ob es langfristig gut gegangen ist.

**Dietmar Brockes (FDP):** Herr Bruckhoff, vielen Dank dafür, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen. Ich komme tatsächlich nach 22 Jahren zum ersten Mal direkt mit START NRW in Kontakt. Insofern war der Schritt mehr als notwendig. Wir als Freie Demokraten sagen ganz klar – das ist uns auch wichtig –: Personaldienstleister spielen eine große Rolle bei der Vermittlung, und wir stehen vor großen Herausforderungen.

Was macht denn den Unterschied zwischen Ihrer Gesellschaft und anderen Personaldienstleistern aus? Könnten Sie das noch einmal deutlich sagen? Das würden wir gerne verstehen. Sie haben vorhin das Beispiel der Ruhrkohle AG gebracht. Ich habe das in den Ausschüssen und im RAG-Beirat begleitet, und es war sehr erfolgreich. Wir beobachten aber eine Veränderung. Der Fachkräftemangel dominiert heute deutlich. Es geht stärker darum, wie Unternehmen an qualifiziertes Personal kommen. Vielleicht können Sie darauf eingehen, inwiefern sich das für Sie verändert hat.

Fachkräftemangel gibt es in allen Bereichen, also auch bei den Personaldienstleistern. Könnten Sie vielleicht auch etwas zu der Lage in diesem Markt sagen?

**Sascha Bruckhoff (START NRW):** Das mache ich sehr gerne. Vielleicht zum ersten Teil der Frage, zu den Herausforderungen für die Wirtschaftsbetriebe in unserem Bundesland, wenn es um eine strategische und langfristige Personalplanung geht. In der Regel besteht für die Personalverantwortlichen die größte Herausforderung darin, handlungsfähig zu sein. Sie müssen verantwortlich mit gewissen Budgets und Planungsgrößen arbeiten, wissen aber genau: Bei uns sind Lebensältere beschäftigt, die sich teilweise bereits in Altersteilzeitbeschäftigung befinden. Wir können gleichzeitig keine jungen Fachkräfte ausbilden, weil es das Budget etwas sprengen würde.



Welche Lösung bieten wir als START NRW diesen Unternehmen an? Diese bestehenden und künftig geplanten Altersteilzeitarbeitsverhältnisse können an uns überführt werden. Das heißt, wir übernehmen diesen Belegschaftskreis. Finanzseitig werden aus Personalkosten Sachkosten, weil wir dann als Dienstleister gelistet werden. Das verschafft den Unternehmen die Möglichkeit, gemeinsam mit den Betriebsräten nachhaltig Planstellen zu schaffen und Ausbildungsplätze anzubieten, weil sie das Budget dann wieder zur Verfügung haben.

Die Attraktivität des Programms besteht darin, dass die Lebensälteren die jungen oder angehenden Fachkräfte im Rahmen eines Mentorships begleiten können. Das ist eine interessante und schöne Geschichte. Die Hürden bestehen darin, dass die Menschen in den Betrieben zwar um die Notwendigkeit wissen, betriebswirtschaftliche Daumenschrauben aber nicht außer Acht lassen können. Wir versuchen, Lösungen zu schaffen, mit denen sich die Situation nachhaltig verändert.

Herr Stinka, zu Ihrer Frage, wie wir in der Praxis damit umgehen. Wir erhalten vom Land am Anfang des Jahres keinen Scheck mit einer schönen Summe und dem Auftrag: Jetzt tut mal Gutes in unserem Bundesland.

Wir müssen uns das durch unsere Beratungs- und Serviceansätze vielmehr selber erarbeiten. Aus den Überschüssen, die wir daraus erzielen, fließt kein Euro an die Gesellschafter retour, wie es bei einem Wirtschaftsunternehmen der Fall ist.

Teilweise beantwortet dies auch schon Ihre Frage, Herr Brockes. Es gibt keine monetären Interessen, sondern wir finanzieren mit den Überschüssen Rücklagen. Damit können wir bei möglichen Krisen – auch uns hat die Coronakrise nicht unwesentlich getroffen – Sicherheit bieten und gleichzeitig arbeitsmarktpolitische Impulse setzen, indem wir mit Wirtschaftsbetrieben und Gewerkschaften in den Dialog treten, Mangelberufe identifizieren und gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit oder den Jobcentern entsprechende Projekte realisieren.

Ich nenne Ihnen ein konkretes Beispiel. In einem großen Chemieunternehmen in Köln bzw. Wesseling, Basell, haben wir Menschen mit Fluchthintergrund, die über keine in Deutschland gültige Qualifikation verfügen, in Kooperation mit dem Unternehmen und den entsprechenden Jobcentern als Maschinen- und Anlagenbediener qualifiziert und sie bis zu den entsprechenden IHK-Abschlüssen begleitet.

All diese Menschen sind dort jetzt sozialversicherungspflichtig, in Vollzeit und mit der entsprechenden Nachhaltigkeit beschäftigt, weil wir die Begleitung während der Ausbildung auch nach dem offiziellen Onboardingprozess, wie wir es nennen, sicherstellen.

Zu dem zweiten Teil Ihrer Frage, Herr Brockes, was uns zum Beispiel von dem Marktführer Randstad unterscheidet? Der Name dürfte Ihnen allen ein Begriff sein. Wir führen eben keine Überschüsse an unsere Stakeholder ab. Jedes Unternehmen, das mit START NRW zusammenarbeitet, leistet indirekt einen wertvollen Beitrag dazu, dass wir im Nachgang arbeitsmarktpolitische Projekte finanzieren können.

Je größer unsere Überschüsse sind, desto mehr tolle Projekte können wir gemeinsam mit Wirtschaftsunternehmen und Gewerkschaften am Markt planen – und das insbesondere im Bereich „Mangelberufe“.

Wir stehen gerade im Austausch mit Chemieunternehmen wie beispielsweise Bayer, die einen extremen Mangel an Chemielaboranten und Chemikanten beklagen, und müssen zusehen, dass wir entsprechende Projekte auf den Weg bringen. Ich diskutiere gerade mit dem Konzernbetriebsratsvorsitzenden Herrn van Broich darüber, wie wir Projekte gestalten können, und wir haben schon eine Einladung für den nächsten Monat erhalten.

Zudem tausche ich mich mit verantwortlichen Personalern der Kommunen aus, die ebenfalls einen extrem hohen Personalbedarf aufweisen und nicht wissen, wie sie diesem Herr werden können. Es ist unsere Aufgabe, gemeinsam zu überlegen: Welche Projekte können wir anstoßen? Wie läuft die Finanzierung?

Ziel ist es, den Wirtschaftsbetrieben dabei zu helfen, die Wettbewerbsfähigkeit in unserem Bundesland in den nächsten Jahren so gut wie möglich zu gestalten. Denn da liegt einiges vor uns.

**Christian Loose (AfD):** Herr Bruckhoff, ich finde es schon einmal gut, dass Ihre Firma nicht einfach pauschal Geld vom Land bekommt, sondern erfolgsorientiert arbeitet und damit auch den Willen hat, die arbeitslosen Menschen wirklich dauerhaft in den Arbeitsmarkt zu bringen.

Die Transfergesellschaft stellt neben der Kurzarbeit die zweite Möglichkeit dar, die Arbeitslosigkeit abzufedern. Dabei verzichten die Arbeitnehmer im Grunde auf ihre Abfindung und erhalten im Gegenzug eine Qualifizierung und die Möglichkeit, wieder in den Arbeitsmarkt hineinzukommen. Sie tauschen also ein bisschen Abfindung gegen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Da lautet jetzt die entscheidende Frage: Wie erfolgreich wird das in Zukunft sein?

Sie sagten, Sie hätten den Strukturwandel mitgestaltet. In Duisburg-Nord und Gelsenkirchen-Süd sieht es jetzt nicht ganz so prickelnd aus.

Leute von der einen Branche in eine andere ähnliche Branche zu transformieren, ist im Grunde das einfache Geschäft. Jemanden aus der Industrie, etwa von Ford, kann ich in irgendeiner Weise auch wieder in die Industrie reinbringen. Jetzt stehen wir jedoch vor einem von der Politik erzwungenen Umbruch mit dem Verbot von Technologien, sodass Ford sagt: Wir entlassen Mitarbeiter, und bauen mit weniger Mitarbeitern Elektroautos. Die Mitarbeiter sind schon freigesetzt, und das wird jetzt auch bei anderen Automobilbetrieben und Automobilzulieferbetrieben der Fall sein.

Sehen Sie Erfolgsmöglichkeiten, in diesem Umbruch die klassischen Mitarbeiter aus dem Industriebereich überhaupt noch zu vermitteln, oder sehen Sie eher Gefahren? Wir können nicht alle zu Lieferando-Fahrern machen, sondern müssen irgendetwas finden, was sie auch machen können.

**Matthias Goeken (CDU):** Sie haben geschrieben, dass Sie auch Expertise im Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie in der Ergonomie haben. Neben dem Fachkräftemangel, der heute mehrfach auf der Tagesordnung steht, ist auch dieses Thema hier im Ausschuss bekannt und betrifft ebenfalls alle Branchen, wie Sie auch vorhin noch

einmal gesagt haben. Ich kann insbesondere für das Handwerk sprechen, aber wir alle, vom Handwerk bis zur Verwaltung, suchen Fachkräfte.

Zugleich lautet die Frage, wie wir schon vorhandene Arbeitskräfte möglichst lange im System halten. Sie haben geschrieben, dass Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie Ergonomie ganz wichtige Schwerpunkte Ihrer Arbeit bzw. Ihrer Beratung ausmachen. Es ist wirklich wichtig, Wege zu finden, wie man die bereits erwerbstätigen Menschen möglichst lange in der Erwerbstätigkeit halten kann.

Der zweite Punkt betrifft Geflüchtete. Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Menschen, die eben keine Fachkräfte sind, möglichst schnell einen Weg in den Arbeitsmarkt zu ebnen? Ich tue mich immer schwer damit, wenn wir sagen, wir holten Fachkräfte hierhin. Die duale Ausbildung gibt es nämlich nur in zwei Nachbarstaaten. In der Regel machen wir die Menschen erst hier bei uns zu Fachkräften.

Sie hatten von einem entsprechenden Projekt gesprochen, an dem Sie mitgearbeitet haben. Das wäre ein Ansatz dafür, wie wir es bei den vielen Geflüchteten, die zu uns kommen, schaffen könnten. Sie haben eine Expertise, die man vielleicht auch von der Industrie auf den Mittelstand und auf das Handwerk herunterbrechen könnte. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn ich dazu etwas von Ihnen hören könnte.

**Antje Grothus (GRÜNE):** Herr Bruckhoff, es war sehr spannend zu sehen, mit welchem breiten Gesellschafternetzwerk aus den verschiedensten Bereichen Sie zusammenarbeiten. Glückwunsch dazu, das ist sehr beeindruckend.

Meine Frage zielt auch in Richtung des Fachkräftemangels. Wie können wir die brachliegenden Potenziale heben? Stichwort: Sogenannte Hilfskräfte, aber auch Menschen, die aktuell auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben und häufig in Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften aufgefangen werden? Kooperieren sie mit Letzteren? Wenn ja, wie?

**Sascha Bruckhoff (START NRW):** Zunächst würde ich gern darauf eingehen, wie wir den fachlichen Transformationsprozess gestalten können, der teilweise auch politisch geprägt ist und Notwendigkeiten mit sich bringt.

Ich kann Ihnen die Sorge nehmen, dass Fachkräfte, die heute in bestimmten Branchen tätig sind und sich einbringen, im Arbeitsmarkt verloren gingen, wenn beispielsweise politische Reformen zur Transformation führten. Ein brandaktuelles Beispiel ist RWE Power bzw. das Rheinisches Revier. Dort gibt es für die entsprechenden Fachkräfte gerade auch im Kölner Raum Möglichkeiten, in anderen, auch tarifgebundenen Betrieben tätig zu werden.

Wir haben nur folgende Herausforderung, die im Übrigen auch für Ford gilt: Bei einer langen Betriebszugehörigkeit in einem tarifgebundenen Unternehmen habe ich mir über die Jahre ein gewisses Entgelt erarbeitet. Das ist auch völlig verdient. Wir haben im Moment einen absoluten Arbeitnehmermarkt, wer aber gezwungen ist, sich am Markt neu zu orientieren, muss vielleicht 3,50 Euro weniger in Kauf nehmen. Das mag marginal klingen. Aber es ist manchmal schwer, die Menschen davon zu überzeugen,

dass dies für den Dialog und für die Entscheidungsfindung wichtig ist und man sich auch neuen Dingen öffnen sollte.

Der Markt für Fachkräfte ist da, und das gilt unabhängig davon, ob ein Automobilproduzent vom Verbrenner auf den Elektromotor oder im Energiesektor von der Braunkohle zu grüner Energie wechseln muss. Das ist überhaupt kein Problem. Das geht. Hier ist eher die Entgeltstruktur ein Thema. Diese stellt die größte zu überwindende Hürde dar. Dafür sind Dialog und Aufklärung wichtig. Auch hier können wir helfen, und das wird auch auf uns zukommen, und zwar auch auf START NRW.

Im Zuge der gesamten Thematik „Rheinisches Revier – Braunkohleausstieg“ ist die Unternehmensführung gezwungen, eine sehr ambivalente Strategie zu fahren. Der vorgezogene Kohleausstieg 2030 gepaart mit der durch die Kriegssituation vorhandenen zusätzlichen Bedarf an Kohleenergie ist nicht einfach zu managen. Am Ende des Tages müssen wir für circa 2.500 Menschen Antworten auf die Frage finden, wie es mit ihnen weitergeht. Wir sind schon heute gemeinsam mit dem MAGS, also mit Herrn Kulozik, darüber im Austausch, wie wir RWE dabei zur Seite stehen können.

Das ist – in Anführungsstrichen – nur RWE. Den gesamten Zulieferbereich dürfen wir dabei aber nicht aus den Augen verlieren. Das werden noch einmal spannende Wochen und Monate für alle Beteiligten werden.

Zu Ihrer Frage zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, Herr Goeken. Wir haben Mitarbeiterzahlen im vierstelligen Bereich. Der Schutz unserer Mitarbeiter ist uns das höchste Gut. Das gilt insbesondere, wenn sie bei produzierenden Unternehmen oder in der Logistik bzw. in der Kontraktlogistik tätig sind. Diesbezüglich sind wir intern im Unternehmen entsprechend sensibilisiert, beraten aber auch Arbeitgeber, wie man den Arbeits- und Gesundheitsschutz weiter optimieren kann, um die Produktivitätsquote so hoch und so nachhaltig wie möglich zu gestalten.

Krankenquoten im zweistelligen Bereich sind gerade in der aktuellen Zeit nicht selten. Normalerweise liegen diese in der freien Wirtschaft so zwischen 4 % und 5 %. Die höheren Zahlen haben Gründe: Zum Teil liegt es an Corona, zum Teil auch an Umfeldthemen, die man sich gemeinsam anschauen und zu denen man dann beratende Ansätze auf den Weg bringen kann. Auch in diesem Feld sind wir tätig.

Die meisten Unternehmen beschäftigen aber selber Experten für den Arbeits- und Gesundheitsschutz, die sich diesen Themen ständig widmen, weil jeder produktive Ausfall sie als Arbeitgeber Geld kostet. So einfach ist das. Sie legen schon selber einen Fokus darauf.

Dann hatten Sie gefragt, wie wir mit Menschen umgehen, die nicht über die nötige Qualifikation verfügen, und wie wir dieses vorhandene Potenzial für die Wirtschaft heben können. Wir brauchen dafür die Bundesagentur für Arbeit. Das ist meine Praxiserfahrung, und das zeigen auch die Gespräche mit Unternehmen und Gewerkschaften. Eine Teilsubventionierung ist dabei in der Regel immer vonnöten.

Wer Menschen qualifizieren möchte, braucht eine sogenannte AZAV-Zertifizierung und muss anerkannter Träger in Deutschland sein. In Nordrhein-Westfalen ist die An-

zahl der qualifizierten Träger jedoch bei Weitem nicht ausreichend. Es würde helfen, gemeinsam lösungsorientierter zu agieren.

Wenn Unternehmen, die bereit wären, eigene Schulungskonzepte mit uns auf den Weg zu bringen, dafür nicht die Hürde der AZAV-Zertifizierung als anerkannte Trägergesellschaft überwinden müssten, wäre es auch für die Bundesagentur für Arbeit deutlich einfacher, die im Leistungsbezug immer noch vorhandenen Potenziale in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das ist kein einfacher Weg. Möglich ist es, aber wir müssen die Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Damit habe ich meines Erachtens auch schon einen Teil Ihrer Frage beantwortet, Frau Grothus. START NRW ist seit Gründungsbeginn dafür verantwortlich und hat sich dem auch verschrieben, Menschen zu unterstützen, die es am Arbeitsmarkt nicht so einfach haben. Beispielsweise sind wir dafür ausgezeichnet worden, dass wir als Blaupause bzw. Thinktank agiert und eine duale Ausbildung in Teilzeit realisiert haben. Das kann man sich auf unserem YouTube-Kanal ansehen.

Wir haben einer alleinerziehenden Mutter einen Berufsabschluss in einer Teilzeitausbildung ermöglicht. Anhand dieser Erfahrungswerte können wir im Nachgang Modelle adaptieren. Dies wird in den kommenden Jahren immer mehr an Bedeutung gewinnen.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte:** Herr Bruckhoff, vielen Dank für die ausführlichen Antworten. Damit scheinen erst einmal alle wichtigen und drängenden Fragen des Ausschusses beantwortet zu sein. Ihr Angebot, den Kontakt mit START NRW fortzusetzen, wird sicherlich wahrgenommen. Dafür war das heute ein guter Auftakt. Vielen Dank dafür.

### 3 Energiekrise – Auswirkungen und Maßnahmen

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1002

**Vorsitzender Dr. Robin Korte** informiert, unter diesem regelmäßig aufzurufenden Tagesordnungspunkt werde heute zusätzlich zum aktuellen mündlichen Bericht auch der mit Vorlage 18/1002 übermittelte Energiebericht Nordrhein-Westfalen 2022 behandelt.

**StS'in Silke Krebs (MWIKE)** berichtet:

Bezüglich der Gas- und Stromversorgung gibt es keine Neuigkeiten. Es bleibt, wie Sie alle sicherlich den Medien entnommen haben, bei der inzwischen sehr verlässlich stabilen Situation für diesen Winter. Es ist gleichzeitig aber deutlich, dass wir die Einsparquote von 20 % weiterhin, auch den Sommer über und darüber hinaus, halten müssen, weil die Situation im nächsten Winter auch von der Wettersituation abhängen wird.

In den teilweise sehr kalten Phasen hat man gemerkt, dass die Einsparmöglichkeiten deutlich zurückgegangen sind. Die Frage, wie mild der nächste Winter wird, ist neben der Versorgung über externe Zulieferungen ein Unsicherheitsfaktor für den nächsten Winter. Deswegen ist Energiesparen weiterhin angesagt.

Die Strompreise entwickeln sich weiterhin günstig und zwar in zweierlei Hinsicht: Sie gehen zurück, und die Situation wird auch stabiler. Es gibt Branchen, für die vor allem die Planbarkeit und die Gewissheit darüber wichtig ist, mit welchem Strompreisniveau sie kalkulieren müssen, um entsprechende Verträge abschließen zu können. Es gibt allerdings auch Branchen, insbesondere die sehr energieintensiven, die mit dem Strompreisniveau, so wie es sich eingepegelt hat, nicht klarkommen.

Weiterhin bleiben die Auflagen, die über die EU im Rahmen der Beihilfedeckelung kommen, nicht behebbar, sodass die Unternehmen immer noch ein Problem haben, die Mittel der Gas- und Strompreisbremsen Anspruch zu nehmen. Das ist leider eine anhaltende Situation.

Sie haben vermutlich alle auch wahrgenommen, dass es entsprechende Produktionsreduzierungen insbesondere im metallverarbeitenden Gewerbe und im Chemiebereich gibt.

Mit dem Energiebericht NRW 2022 haben wir Ihnen eine Vorlage übersandt, in der Sie die im vergangenen, gerade aus energiepolitischer Sicht extrem spannenden Jahr – es war nicht immer nur nett spannend, sondern manchmal auch ein bisschen gruselig spannend – ergriffenen Maßnahmen nachvollziehen können.

Das betrifft sowohl die Maßnahmen, die zur Bewältigung der Energiekrise beigetragen haben, als auch diejenigen, die NRW einen dauerhaften Umstieg auf fossilfreie und damit auch kostengünstigere und verlässlichere Energieträger ermöglichen sollen. Beides können Sie in dem Bericht transparent und in Einzelheiten nachvollziehen.

**Christian Loose (AfD)** greift die Aussage auf, die Strompreise seien gesunken. Dies stimme, wenn man von dem zuletzt massiv hohen Preisniveau ausgehe. Allerdings hätten die Preise Anfang 2021 bei 5 Cent pro Kilowattstunde gelegen, und ein Blick auf die Futures lasse für 2024–2027 Preise von 10 bis 15 Cent erwarten.

Durch die Verknappung des Marktes und im Zuge der Abschaltung zahlreicher anderer Kraftwerke fungierten alte Kohlekraftwerke nun als Preissetzer. Diese müssten CO<sub>2</sub>-Zertifikate zum Preis von 100 Euro pro Tonne erwerben, was zu Strompreiserhöhungen von 90 Euro pro Megawattstunde bzw. 7 Cent pro Kilowattstunde führe.

Ihn interessiere, wie die Landesregierung angesichts dieser externen Faktoren sicherstellen wolle, dass die Industrie nicht abwandere, obwohl die Preise beispielsweise in den USA selbst für den Endkunden nur bei 7 Cent pro Kilowattstunde lägen.

**Dietmar Brockes (FDP)** dankt für den ausführlichen Bericht, in dem jedoch auffallend oft Zielsetzungen und die Gründung von Arbeitskreisen bzw. Arbeitsgruppen hervorgehoben würden. Den Willen der Landesregierung könne er erkennen, dagegen fehlten konkrete Angaben zum Zeitplan und zur Art und Weise der Umsetzung.

Dabei herrsche seines Erachtens Einigkeit darüber, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden müssten. Es stelle sich jedoch die Frage, wie die dafür notwendigen und auch vorhandenen Stellen im Ministerium besetzt werden könnten und ob dieses etwa schon die Dienste von START NRW in Anspruch genommen habe. Das Gleiche gelte für die einem Brandbrief von Innenminister Reul zufolge vollkommen überlasteten Bezirksregierungen.

Die vielen angekündigten Initiativen und Maßnahmen zu Wasserstoff und Windkraft nützten nichts, wenn sie nicht wirklich zeitnah umgesetzt werden könnten. Nicht nur die Unternehmen warteten auf schnelle Genehmigungen für Industrieanlagen, sondern er halte dies auch aus Sicht des Landes für notwendig, um CO<sub>2</sub>-Minderungen sowie den Bau von Elektrolyseuren und Mobilfunkmasten zu beschleunigen.

**Michael Röls (GRÜNE)** lobt das Format des Energieberichts als gerade in energiepolitisch stürmischen Zeiten sehr geeignet. Er biete einen guten Überblick über die Herausforderungen und bereits ergriffenen Maßnahmen und sollte seines Erachtens auch über das Jahr 2022 hinaus fortgeführt werden.

Bezüglich der von der AfD angesprochenen hohen Energiepreise erlaube er sich, darauf hinzuweisen, dass der Strompreis auf einem anderen Niveau läge, wenn der Ausbau erneuerbarer Energien bereits weiter fortgeschritten wäre.

**Christian Loose (AfD)** wirft ein, dieses wäre vermutlich noch höher.

**André Stinka (SPD)** verweist auf die nach der Bekanntgabe der Vorgaben des Bundeswirtschaftsministers zum Heizkesseltausch in den vergangenen Tagen deutlich beschleunigte öffentliche Debatte zum Thema „Wärmemarkt“. Im NRW-Koalitionsvertrag werde das Thema „Wärmenetze und Unterstützung der Kommunen“ richtigerweise aufgeführt. Ihn interessiere, wie stark der diesbezügliche Austausch mit den Kommunen

bereits ausgeprägt sei und ob dort eine konkrete Beschleunigung des Wärmewandels eintreten solle bzw. wie die Zeitplanung aussehe.

**Romina Plonsker (CDU)** bezeichnet den Bericht als sehr wichtig, weil er die Bedeutung des Themas für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen verdeutliche. Diese sei auch bei einem Termin mit der IHK in ihrem Wahlkreis hervorgehoben worden. Das Rheinische Revier hänge historisch bedingt besonders stark von einer gesicherten und bezahlbaren Energieversorgung ab. Das zeige auch die Konjunkturprognose des RWI. Für die Unternehmen vor Ort müsse noch einiges unternommen werden.

Auch die MPK am 16. März 2023 habe sich dazu geäußert und einen gemeinsamen Appell an die Bundesregierung gerichtet. Diese müsse rasch Vorschläge für die Sicherung des Industriestandortes Deutschland vorlegen und einen wettbewerbsfähigen sowie nachhaltigen Industriestrompreis ermöglichen. Sie halte es für ein gutes Zeichen, dass Nordrhein-Westfalen in der Sache weiterhin gemeinsam mit den anderen Bundesländern handle.

**StS'in Silke Krebs (MWIKE)** erläutert, Deutschland habe die zum Jahreswechsel drohende Notsituation in der Energieversorgung zunächst unter Kontrolle bekommen. Dies gehe jedoch vorerst mit einem dauerhaft höheren Energiepreinsniveau einher, weil LNG-Gas mehr koste als Pipelinegas.

Für die Industrie bedeute dies ein zum Teil zu hohes Kostenniveau. Dies habe sie mit Bezug auf die energieintensive Industrie bereits angesprochen. Dem werde Abhilfe geschaffen, sobald Photovoltaik und Offshorewindstrom in großen Mengen in die dann entsprechend ausgebauten Netze fließen. Es handle sich schließlich um ein Charakteristikum der Erneuerbaren, dass diese in der Investitionsphase zum Teil erhebliche Kosten, in der Betriebsphase aber nur sehr niedrige Fixkosten verursachen.

Auf Bundesebene werde gerade über das auch der Landesregierung sehr wichtige Thema „Industriestrompreis“ debattiert. Dabei spielten die erneuerbaren Energien dem Vernehmen nach ebenfalls eine relevante Rolle. Die Landesregierung habe das Thema aber auch auf die Agenda der Energieministerkonferenz in der kommenden Woche gesetzt, um mit Kolleginnen und Kollegen in Land und Bund über das weitere Vorgehen zu beraten. NRW benötige diesbezüglich insbesondere im Sinne der eigenen energieintensiven Industrie schnell eine klare Botschaft.

Bezüglich der Frage, wie die Landesregierung das Thema „Arbeitsüberlastung“ bzw. „Fachkräftemangel“ lösen wolle, verweise sie darauf, dass bisher leider noch niemand eine endgültige Lösung dafür gefunden habe. Im öffentlichen Dienst und in der Verwaltung stellten eine Steigerung der Arbeitgeberattraktivität und eine beherzte Beschleunigung der Digitalisierung zwei von unzähligen möglichen Stellschrauben dar.

Sie danke der früheren Leitung des MWIKE ausdrücklich für den in diesem Ministerium erreichten Digitalisierungsstand. Die Landesregierung hoffe darauf, diesen an möglichst vielen weiteren Stellen ebenfalls herstellen zu können.

Die Kritik der FDP-Fraktion, die Landesregierung berichte nur von Plänen, nicht aber von Maßnahmen, könne sie nur begrenzt nachvollziehen. So sei das MWIKE gemein-



sam mit dem Umweltministerium beim Fuel Switch tätig geworden, und zwar sowohl beim Monitoring als auch bei der konkreten Kontaktaufnahme.

Der Ansatz der Landesregierung, mit Untersuchungen zur Geothermie die Grundlage für eine völlig neue Energiequelle zu erschließen, habe bundesweit Beachtung gefunden. Im Erfolgsfall würde diese Technologie besonders viel nutzen, weil die von ihr gelieferte Wärme derzeit eine Engstelle darstelle.

Zudem habe die Landesregierung den LEP-Erlass herausgegeben und erarbeite gerade eine LEP-Teiländerung, die deutlich mehr Flächen für Photovoltaik und Windenergie nutzbar mache.

Über die Potenzialstudie für Windkraftflächen habe die Landesregierung auch dafür gesorgt, dass die EU-Notfallverordnung später in großer Breite in sogenannten Go-To-Areas angewandt werden könne und damit die Windkraftgenehmigungsverfahren erheblich beschleunigen werde.

Das Thema „Wärme“ befinde sich in der Schwebe, weil der Gesetzgebungsprozess im Bund gerade laufe. Der Bund stelle den Kommunen quasi im Vorfeld ein sehr gutes Förderprogramm mit bis zu 90-prozentiger Förderung zur Verfügung, falls diese schon anfangen wollten.

Die Landesregierung bereite sich darauf vor, direkt nach der Verabschiedung des Bundesgesetzes mit der Landesgesetzgebung zu beginnen. Jetzt schon damit anzufangen, berge die Gefahr, den Zugang zu den Fördersystemen des Bundes abzuschneiden. Parallel dazu werde jedoch schon die Beratungsstruktur aufgebaut. Am 29.03.2023 starte NRW.Energy4Climate das Kompetenzzentrum Wärmewende NRW.

**Christian Loose (AfD)** betont, er werde sich ausdrücklich nicht zu der Bemerkung der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen äußern, kritisiere jedoch, dass der Energiebericht keine Informationen zu Energiespeichern enthalte, obwohl das Land Speicherkapazitäten benötige, wenn volatile Energie eingespeist werde.

Theoretisch ebenfalls einsetzbare volatile Back-up-Kraftwerke schienen ohnehin nicht erwünscht zu sein, der Bericht schweige jedoch auch zu Speichermöglichkeiten wie beispielsweise Pumpspeicherkraftwerken, Batteriespeichern oder Salz-Wärme-Speichern. Er wolle wissen, ob die Regierung schlicht nichts mehr plane oder – wie die Vorgängerregierung – zwar vieles plane aber nichts umsetze.

Die Landesregierung habe erneut nur auf Gesetze und Erlasse verwiesen, so **Dietmar Brockes (FDP)**. Dabei wolle er der Landesregierung den guten Willen gar nicht absprechen. Er zweifele allerdings angesichts des insbesondere bei den Bezirksregierungen fehlenden Personals an der Umsetzbarkeit der Vorgaben, zumal der bisherige Fortschritt bei der Digitalisierung der Prozesse nicht ausreiche, um den Personalbedarf stärker zu reduzieren.

Bezüglich der Digitalisierung, so **StS'in Silke Krebs (MWIKE)** wolle sie den ehemaligen Wirtschaftsminister Pinkwart gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, es sei nicht

genügend passiert. Vielmehr sei sie mit viel Engagement vorangetrieben worden. Zudem seien bei der Bezirksregierung für die Genehmigungsverfahren und den Ausbau der Erneuerbaren 60 neue Stellen geschaffen worden.

**Dietmar Brockes (FDP)** wirft mit Blick auf die Digitalisierungserfolge ein, diese lägen schon ein Jahr zurück, und fragt bezüglich der bei der Bezirksregierung geschaffenen Stellen, ob diese schon besetzt worden seien.

**André Stinka (SPD)** verweist auf einen Brandbrief der Stadtwerke Krefeld. Danach verlange Uniper bei den Einkaufsmodalitäten Sicherheiten von den Stadtwerken. Angesichts der notwendigen Stabilisierung des Marktes frage er, wie das MWIKE dazu stehe. Es gehe darum, die Stadtwerke stabil zu halten, damit für die folgenden Beschaffungsperioden Sicherheit gewährleistet bleibe und die Stadtwerke in ihrer Substanz nicht geschädigt würden.

**StS'in Silke Krebs (MWIKE)** zufolge wird der Punkt „Sicherheiten“ derzeit von vielen Stadtwerken vorgebracht. Aus den stark fallenden Preisen ergebe sich eine Sicherheitsproblematik, die sich genau spiegelverkehrt zu der vorher durch die extrem hohen Preise verursachten Situation verhalte. Das MHKBD habe den Stadtwerkerrettungsschirm aufgelegt. Wie in der vorhergehenden Situation setze sich die Landesregierung auch jetzt dafür ein, dass der Bund seinen Rettungsschirm für den OTC-Handel öffne.

**André Stinka (SPD)** gibt zu bedenken, das Problem der Stadtwerke bestehe schon seit einigen Wochen. Die Stadtwerke bräuchten im Rahmen der Verfahren eine gewisse Planungssicherheit. Daher würde er gern wissen, ob die Landesregierung schon Hinweise erhalten habe, wann mit einer Entscheidung des Bundes zu rechnen sei, immerhin habe sie gute Kontakte zum Bundeswirtschaftsminister.

**StS'in Silke Krebs (MWIKE)** gibt zurück, auch die SPD habe viele Ansprechpartner in der Bundesregierung. Die Landesregierung wirke auf die Bundesregierung ein und stehe mit dieser und den Stadtwerken in einem engen Austausch, könne jedoch keinen Zeitpunkt nennen. Sie habe auch großes Verständnis dafür, dass die Stadtwerke sich scheuten, wegen einer Problematik bei der Sicherheitsleistung den Rettungsschirm des Landes in Anspruch zu nehmen.

**Christian Loose (AfD)** erinnert an seine früher gestellte Frage nach der Planung bzw. tatsächlichen Schaffung von Stromspeichern.

**StS'in Silke Krebs (MWIKE)** bietet an, dies im nächsten Bericht der Landesregierung ausführlicher darzustellen. Bei den Speichern gehe es landesseitig um die zukünftige Wasserstoffversorgung und um mögliche Kavernenspeicher im Salzbergbau. Bei Pumpspeichern sehe sie dagegen den Bund am Zug. Dieser habe die Wirtschaftlichkeit dieser Technologie einmal sehr negativ beeinflusst, woraufhin keine weiteren Pumpspeicherwerke mehr gebaut worden seien.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte** kündigt an, der Ausschuss werde das Angebot eines ausführlicheren Berichts zum Thema „Speicher“ gern aufgreifen.

## 4 Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen

### a) Strukturwandel im Rheinischen Revier

**StS'in Silke Krebs (MWIKE)** berichtet:

Der Ausschuss hat uns darauf hingewiesen, wir sollten früher darüber informieren, was wir unter diesem wiederkehrenden Tagesordnungspunkt jeweils ansprechen. Wir machen heute noch einmal eine Ausnahme, weil es uns wichtig erschien, über die Sitzung des Aufsichtsrates der ZRR im Rheinischen Revier am Freitag mündlich zu berichten, um Ihnen schnell einen Einblick zu geben. Wir würden Ihnen nächstes Mal gerne einen schriftlichen Bericht dazu vorlegen, sodass wir uns detaillierter zu dem Thema austauschen können.

Mündlich schon einmal so viel: Wir haben im Aufsichtsrat jetzt erste Veränderungen zum Thema „Zwischenbilanz“ beschlossen. Auch die neue Fördersystematik wurde Aufsichtsrat mit großer Einigkeit verabschiedet. Wir ergänzen die bisher betont im Vordergrund stehenden wettbewerblichen Aufrufe durch eine sehr zielgerichtete Förderung mit Blick auf die dann noch zu vereinbarende Zielkulisse.

Dies eröffnet die Möglichkeit, sehr viel eingetragter Projekte mit einer bestimmten Themenstellung zu fördern und dies auch regional zu spezifizieren. Wir ermöglichen damit Ausschreibungen für bestimmte regionale Bereiche. Das ist im Strukturwandel im Rheinischen Revier wichtig, damit dieser in der Fläche und nicht nur in einigen Bereichen gelingt, während andere dabei hinten runterfallen.

Es ging auch um eine Vorlage zum Reviervertrag 2.0, die von der Gesellschafterversammlung mit Unterstützung der Anrainerkommunen beschlossen worden ist. Es finden jetzt die abschließenden Verhandlungen mit dem Land statt, um noch vor dem Sommer zwischen Land und Bund nicht etwa einen neuen Reviervertrag, sondern einen Reviervertrag 2.0 – das ist das Stichwort – als kurzen Vorschalter zu dem Reviervertrag zu vereinbaren. Dieser soll alle Punkte aufgreifen, die wegen des vorgezogenen Kohleausstiegs noch einmal fokussiert werden sollen.

Die vorher angekündigte Zielkulisse nehmen wir über die Meilensteinplanung in den Blick. Auch da gab es einen Zwischenbericht, und wir sind zuversichtlich, diesbezüglich in den nächsten Wochen zu einem Ergebnis zu kommen.

Es wurde am Freitag ein weiteres Thema abgeräumt. Diejenigen, die näher damit befasst sind, wissen, welche Bedeutung es hat. Es geht um das Thema „Förderung von Sportprojekten“. Auch das wurde per Beschluss geeint, und die ersten drei Projekte wurden positiv entschieden.

Insgesamt sind wir damit einen ganz wesentlichen Schritt weitergekommen, wenn es darum geht, die Prozesse zu beschleunigen, sie zielorientierter zu machen und eine Transparenz über die Zielfelder zu schaffen. Bürgerinnen und Bürger sind damit der Lage, sich ein Bild davon zu verschaffen, was bis wann erledigt werden soll, und dies auch mit der Realität abzugleichen.

**André Stinka (SPD)** erinnert an die Diskussion zum Thema „Leitentscheidung“ in der vorherigen Ausschusssitzung. Seine Fraktion habe damals bezweifelt, dass der offenbar ambitionierte Zeitplan für die Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern letztendlich eingehalten werden könne. Er würde gern wissen, ob Presseberichte zuträfen, denen zufolge vor der Sommerpause nicht mehr mit einer Leitentscheidung zu rechnen sei, weil man die Menschen besser einbinden wolle.

Zudem würde seine Fraktion gern erfahren, welche Auswirkungen dieser verlängerte Diskussionsprozess haben werde. Die Staatssekretärin habe ausgeführt, dass sie es für wichtig halte, alle Beteiligten gerade in diesem Bereich des Rheinischen Reviers auch so mitzunehmen, dass sie sich in der Entscheidung wiederfinden.

**Ministerin Mona Neubaur (MWIKE)** stellt klar, die Landesregierung habe das Ziel, in diesem Sommer die Leitentscheidung zu finalisieren, nicht aufzugeben. Sie nutze aber die Sommerferien für die Abstimmungsprozesse innerhalb der Regierung nach der vorhergehenden Phase des Generierens von Wissen. Da die Sommerferien sehr früh lägen, verschiebe die Landesregierung die Leitentscheidung auf die Zeit nach der Sommerpause, bleibe aber im Sommer.

Sie wolle weiterhin die Raumordnung und auch die genauen Grenzen so schnell wie möglich in einer Leitentscheidung festlegen, dabei aber auch die Beteiligten bzw. die Betroffenen hören. Angesichts der vielen Einzelinteressen im Rheinischen Revier könnten nicht alle Wünsche vollständig erfüllt werden.

Es werde jedoch noch zusätzliche Angebote für die Bürgerinnen und Bürger im Rheinischen Revier geben, und zwar unter anderem für junge Menschen und für diejenigen, die in Dörfern wohnen bleiben oder in diese zurückzukehren wollten. Zudem werde mit Blick auf die notwendige Massenbilanzierung zwischen den Tagebauen Garzweiler und Hambach im Schlusskapitel Braunkohle noch eine Veranstaltung in Kerpen im Rhein-Erft-Kreis angeboten.

**André Stinka (SPD)** fragt nach, welches Wissen bei den Gesprächen mit den Bürgern genau neu generiert worden sei. Der Ausschuss kenne schließlich viele der Fragen der vom Wandel im Revier betroffenen Menschen bereits seit Langem, wie etwa diejenige nach dem Wohnrecht.

**Ministerin Mona Neubaur (MWIKE)** erläutert, die Landesregierung verfolge mit der Leitentscheidung das Ziel, im Schulterschluss mit allen demokratischen Parteien den sozialen Frieden für die Menschen im Rheinischen Revier herzustellen. Dazu gehöre auch die Aussöhnung von jahrzehntelanger Last zum Gemeinwohl der Energieerzeugung mittels Braunkohle. Angesichts des vorhandenen zusätzlichen Diskussionsbedarfs halte sie es für wichtig, dass unter Einhaltung des ambitionierten Zeitplans ausreichend Luft bleibe, um diesen Bedarf ernst zu nehmen und aufzugreifen.

Sie könne jedoch keine Fragen beantworten, auf die es noch keine Antwort gebe. Auch eine Leitentscheidung werde keine Detailregelung für die Wohnhäuser in einem gereteten Dorf bzw. für die davon Betroffenen liefern. Aufgabe der Leitentscheidung sei es

vielmehr, Möglichkeiten zu finden, die Vielzahl der in einem Dorf bzw. in einer Region vorhandenen Interessen in diesen Abwägungsprozess einfließen zu lassen.

## **b) Auswirkungen der Schließung weiterer Filialen von GALERIA Karstadt Kaufhof**

**StS'in Silke Krebs (MWIKE)** berichtet:

Das Thema „GALERIA Karstadt Kaufhof“ ist unter dem TOP „Strukturwandel“ richtig aufgehoben, weil es mit Blick auf die Situation in den Innenstädten tatsächlich ein deutschlandweit virulentes Strukturwandelthema ist.

Leider entwickelt sich GALERIA Karstadt Kaufhof zu einem Dauersorgenkind. Dieses Thema kommt immer wieder auf. Es ist zutiefst enttäuschend, dass die Eigentümer trotz Krediten in dreistelliger Millionenhöhe durch den Wirtschaftsstabilisierungsfonds des Bundes in der letzten Runde nicht die notwendigen Investitionen getätigt haben, um die Standorte in ihrer Breite zukunftssicher zu machen.

An einzelnen Beispielen, bei denen investiert wurde und neue Konzepte in Innenstadtkaufhäusern verankert wurden, sieht man, dass es funktionieren kann. Es bedarf aber einer Investition. Dafür sind die Kredite auch gewährt worden. Leider muss man jedoch sagen, dass dies in der Fläche nicht stattfindet.

Erneut sind zahlreiche Standorte gefährdet bzw. die Schließungen schon beschlossen. Es findet wieder ein Spiel um Zuschüsse und Mietsenkungen statt – ich sage das jetzt mal ein bisschen zugespitzt –, bei dem die jeweils andere Seite zu Zugeständnissen bewegt werden soll. Wie soeben schon ausgeführt, fragt man sich ein bisschen, wo das Engagement der Besitzer im Gegenzug bleibt. Diese haben den Immobilienbesitz abgetrennt. Das war mit Blick auf die Zukunft meines Erachtens keine gute Entwicklung.

In NRW stehen wir nach derzeitigem Stand – es bleibt noch ein etwas offenes Feld – vor der Schließung von 15 der 31 Standorte mit einem entsprechenden Personalabbau. Wir und das MAGS versuchen, dies zu begleiten, und sind diesbezüglich im Austausch mit den entsprechenden Gremien. Wir als Land und als öffentliche Hand merken, dass die weitere finanzielle Stützung von GALERIA Karstadt Kaufhof einfach nicht angezeigt ist, weil die bisher gewährte, sehr umfangreiche Unterstützung eben nicht umgesetzt wurde.

So werden wir uns wohl mit dem Thema beschäftigen müssen, wie wir die Kommunen unterstützen können, die durch die Schließung dieser schließlich zentralen Einrichtungen in den Innenstädten vieler Kommunen erhebliche strukturelle Probleme bekommen, und wie wir die Beschäftigten unterstützen können, um für sich eine stabilere Basis für ihre Zukunft zu finden.

Während in seiner Heimatstadt unter dem Begriff „Strukturwandel“ der Umzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin verstanden werde, so **Guido Déus (CDU)**, bedeute dieser Begriff im Rheinischen Revier „Transformation der Industrielandschaft“.

Für die jetzt betroffenen Kommunen seien eben die Kaufhausschließungen besonders brisant. Deswegen begrüße er die Behandlung des Themas unter diesem Tagesordnungspunkt.

Tatsächlich spiele das Thema nicht nur in der Landesregierung, sondern auch im Ausschuss seit Jahren eine Rolle. Obwohl der Konzern zweimal Staatshilfen erhalten und ein Insolvenzverfahren durchlaufen habe, müsse es den AWIKE auch weiterhin beschäftigen, schon allein, weil die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Perspektive bräuchten.

Die Filialen des Warenhauses besetzten zudem oft wichtige Ankerflächen und stellten Magnete und Anziehungspunkte dar, die auch für die umgebenden kleineren Geschäfte eine wichtige Rolle spielten. Kaum eines der von der ersten Schließungsrunde in Nordrhein-Westfalen betroffenen Gebäude habe seines Wissens bisher eine komplette Anschlussnutzung erfahren.

Die Kommunen hätten Angst, mit dem Veränderungsprozess und der Umstrukturierung ihrer Innenstädte allein gelassen zu werden, zumal Bürgerinnen und Bürger vom Einkauf auch einen Erlebniswert erwarteten und hohe Ansprüche an die Aufenthaltsqualität stellten. Wenn mit einer Kaufhoffiliale womöglich das einzige größere Kaufhaus oder Geschäft schließe, verstärke dies den Handlungsdruck auf kommunaler Ebene.

Er sei dankbar für die zwar unternehmenskritische, aber unmittelbare Reaktion der Landesregierung, die nicht nur Gespräche geführt, sondern auch 5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt habe. Er halte es für einen guten Weg, den Fokus nicht auf das Unternehmen bzw. dessen Eigentümerstruktur zu richten, sondern darauf, wie den betroffenen Kommunen in Nordrhein-Westfalen bei der Umstrukturierung geholfen werden könne. Es gehe darum, attraktive Innenstädte zu schaffen bzw. zu erhalten und die ohnehin erforderlichen Veränderungsprozesse voranzubringen.

**André Stinka (SPD)** merkt an, seine Fraktion begrüße die Soforthilfe aus dem MHKBD, meine aber, dass sich alle beteiligten Ressorts gemeinsam mit den Kommunen dem Thema „Innenstädte“ grundsätzlich widmen müssten. Weil vermutlich noch weitere Kaufhäuser oder andere Geschäfte dem durch den Onlinehandel veränderten Kaufverhalten zum Opfer fallen würden, gehe es darum, eine nachhaltige Lösung zu finden. Ihn interessiere, ob es bereits diesbezügliche Aktivitäten gebe.

Beim Strukturwandel stelle sich eigentlich immer die Frage, ob dieser durch den Markt bzw. technologiegetrieben oder aufgrund politischer Entscheidungen erfolge, so **Christian Loose (AfD)**. Die Politik habe sicherlich dazu beigetragen, die Innenstädte unattraktiver zu machen. Dies werde auch in den Plenarsitzungen der kommenden Woche besprochen werden.

Die Staatssekretärin habe in Bezug auf GALERIA Karstadt Kaufhof von einem „Spiel“ gesprochen und davon, dass das Unternehmen niedrigere Mieten wolle. Auch Görtz finde sich bereits nicht mehr in den Innenstädten. Ihn interessiere, wie die Landesregierung angesichts dessen den in der Berichts-anfrage seiner Fraktion auch angesprochenen Fall „Peek & Cloppenburg“ bewerte und ob sie eine Systematik bzw. eine

generelle Problematik der Innenstädte erkenne, die einen dringenden Handlungsbedarf mit sich bringe.

**Jan Matzoll (GRÜNE)** begrüßt die klare Haltung der Landesregierung zu dem zur Genüge bekannten Thema „GALERIA Karstadt Kaufhof“. Sie mache sehr deutlich, welche Ergebnisse erzielt worden seien und welche Perspektiven sich böten. Der Konzern habe das in der Fläche nicht mehr funktionsfähige Konzept tatsächlich nicht angepasst. Über die Gründe und deren Bewertung gingen die Meinungen im Ausschuss jedoch zum Teil auseinander.

Er halte die Initiative aus dem Bauministerium für einen sehr wichtigen Schritt, um die drängenden baulichen, sozialen aber auch wirtschaftspolitischen Herausforderungen in den Städten anzupacken. Einen neuen runden Tisch erachte er jedoch nicht als notwendig, weil die Kommunen sich längst mit dem Thema beschäftigten.

Es gelte, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Fläche herauszuarbeiten. Nur einige Städte könnten ihre bisherige Funktion aufrechterhalten, die sie zum Beispiel als größeres Zentrum in den vergangenen zehn bis 20 Jahren hatten. Vor diesem Hintergrund müsse die politische Handlungsfähigkeit erhalten bleiben. Die Landesregierung habe gezeigt, dass sie klare Ziele habe.

Auch in seiner Heimatstadt Recklinghausen habe in einer früheren Welle eine Filiale geschlossen. Dort sei es mit einem guten Mix aus öffentlicher Nutzung und der Ansiedlung von Kitas, Wohnungen, Gewerbe sowie Gastronomie gelungen, einen anderen Anziehungspunkt in der Innenstadt zu etablieren.

**Ministerin Mona Neubaur (MWIKE)** verzichtet ausdrücklich auf weitere Kommentare zu den unternehmerischen Leistungen der bei GALERIA Karstadt Kaufhof Verantwortlichen. An manchen Standorten fänden noch Gespräche mit dem Konzern statt, in denen es um mögliche Mieterlässe gehe. Allerdings richte sich der Blick der Landesregierung zunächst auf die 4.000 Beschäftigten, die nach ihren Möglichkeiten dazu beigetragen hätten, die Krise zu überwinden.

Für diese stelle die erneute Schließungswelle einen Schlag ins Gesicht dar, und ihre Ideen und Potenziale müssten in dem nun anstehenden Prozess berücksichtigt werden. Die Landesregierung leiste über die entsprechenden Agenturen Unterstützung bei der bedarfsgerechten Vermittlung und der Qualifizierung.

Der stationäre Handel unterliege insgesamt einem Strukturwandel, und viele Konsumenten zögen die digitale Shoppingmeile vor. Daher halte sie die Unterstützung für die inhabergeführten Kleinläden auf ihrem Weg ins digitale Verkaufen durch die Digitalcoaches für so wichtig. Dem Handelsverband zufolge helfe dieses Projekt dem Einzelhandel vor Ort tatsächlich dabei, seinen Beitrag zur Attraktivierung der Innenstädte zu leisten.

Da an vielen Standorten in Nordrhein-Westfalen nun ein viel frequentierter Magnet weg falle, brauche die Neuausrichtung der Innenstädte die volle Unterstützung der Landesregierung. Alle Ressorts der Landesregierung und die Kommunen sollten gemeinsam anpacken und sich dabei an Orten wie Recklinghausen, Lünen und Herne orientieren,



an denen es bereits gelungen sei, an den ehemalige Kaufhausstandorten Orte der Zukunft zu bauen.

Peek & Cloppenburg halte sie für einen komplett anders gelagerten Fall, weil das Unternehmen außerhalb Nordrhein-Westfalens in Deutschlands durchaus floriere und zudem die meisten Filialen im eigenen Immobilienbestand betreibe, sodass Mieten in diesem Falle keine Rolle spielten.

## **5 Mithilfe des chemischen Recyclings Lücken schließen und die Kreislaufwirtschaft stärken**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1662

Ausschussprotokoll 18/126 (Anhörung vom 18.01.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

**Vorsitzender Dr. Robin Korte** informiert, der mitberatende Umweltausschuss habe den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, Grünen und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP abgelehnt.

**Dietmar Brockes (FDP)** erinnert an den Besuch einiger Ausschussmitglieder bei der Kunststoffmesse K im vergangenen Jahr in Düsseldorf. Dort sei chemisches Recycling als Topthema gehandelt worden. Die Messe habe gezeigt, welches Potenzial diese Technologie berge, zumal in Nordrhein-Westfalen die gesamte Wertschöpfungskette des Kunststoffbereichs vertreten sei.

Messebesucher aus allen Segmenten der Branche von der chemischen Grundstoffindustrie über die Hersteller bis hin zu mittelständischen Entsorgungsunternehmen hätten die Wichtigkeit des Themas betont. Ihnen zufolge bedürfe es jedoch eines klaren politischen Signals, dass Nordrhein-Westfalen chemisches Recycling tatsächlich wolle. NRW weise in diesem Bereich große Stärken auf. Es müssten jetzt jedoch Pilotprojekte gestartet werden, damit das Land bei dieser Zukunftstechnologie nicht abgehängt werde. Ansonsten blieben Potenziale ungenutzt.

Auch in der Anhörung habe unter den Sachverständigen größtenteils Einigkeit darüber bestanden. Die wenigen ablehnenden Stimmen hätten sich vor allem aus Angst vor Einschränkungen des stofflichen Recyclings gegen chemische Verfahren ausgesprochen. Die FDP-Fraktion wolle mit ihrem Antrag jedoch das chemische Recycling nicht als Ersatz, sondern als eine hervorragende Ergänzung des materiellen vorantreiben.

**André Stinka (SPD)** zufolge hätten die Ereignisse der vergangenen Monate der Welt und auch Nordrhein-Westfalen die Notwendigkeit des schonenden Umgangs mit Ressourcen noch einmal vor Augen geführt. Gerade NRW müsse prüfen, wo es die Kreislaufwirtschaft ausbauen könne, weil die heimische Industrie viele seltene Rohstoffe verarbeite.

Mit der Circular Valley Stiftung und dem Prosperkolleg existierten bereits viele gute und möglicherweise wegweisende Ansätze in Nordrhein-Westfalen. Vor diesem Hintergrund und der Auswertung des Anhörungsprotokolls zufolge könne das chemische Recycling nach Ansicht der SPD-Fraktion einen Beitrag dazu leisten, dass das Bundesland überhaupt erst in der Kreislaufwirtschaft ankomme. Immerhin würden in den kommenden Jahren auch für die Energiewende viele Verbundstoffe benötigt.

**Christian Loose (AfD)** merkt an, die Technologie des chemischen Recyclings ersehe nur auf den ersten Blick als dafür geeignet, die Möglichkeiten der Kreislaufwirtschaft zu erweitern, zumal die zugeführten Stoffe künftig an anderer Stelle fehlen würden, zum Beispiel bei der energetischen Verwertung durch die Müllverbrennung.

So speise etwa das Müllheizkraftwerk in Essen seine Wärme in die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr ein und versorge damit Tausende von Haushalten. Fehle diese künftig, müsste sie durch Energieerzeugung mit einer schlechteren Bilanz ersetzt werden. Dies würde eine ökologische und ökonomische Verschlechterung bedeuten.

Die AfD-Fraktion stehe technologischen Entwicklungen, die zum Umweltschutz beitragen, grundsätzlich offen gegenüber. Das stoffliche Recycling von Grundstoffen mit hohem Reinheitsgrad finde er wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll, weil es bereits heute hohe Wiederverwertungsquoten ermögliche. Das chemische Recycling erfordere als energieintensives und unwirtschaftliches Verfahren hingegen neue Subventionen. Er halte es zudem aufgrund der hohen Verwertungsverluste für ökologisch bedenklich. Das Öko-Institut spreche von einem Grundstoffverlust in Höhe von 53 %.

Die AfD-Fraktion befürworte die weitere Forschung, lehne jedoch die im Antrag geforderte Subventionierung ab.

**Dr. Patricia Peill (CDU)** betont, auch ihre Fraktion halte die Transformation zur Kreislaufwirtschaft für notwendig. Um als Industrieland international wettbewerbsfähig zu bleiben und die Klimaziele zu erreichen, müsse es die beiden Recyclingarten kombinieren. Das chemische Recycling könne das mechanische sinnvoll ergänzen.

Der FDP-Antrag gehe in die richtige Richtung und greife wichtige Punkte auf. In der Anhörung dazu seien jedoch viele Fragen bezüglich der Technologie und des Forschungs- und Entwicklungsbedarfs offengeblieben, und es sei auch Kritik geäußert worden. Die Diskussion im Umweltausschuss habe bekanntermaßen ebenfalls einige interessante Fragen aufgeworfen. Schwarz-Grün werde zwar Demonstrationsvorhaben in NRW begleiten und plane zudem ein Institut für Kunststoffrecycling, könne den vorliegenden Antrag jedoch nicht unterstützen.

**Jan Matzoll (GRÜNE)** dankt der FDP für die Einbringung des Antrags, aufgrund dessen das Thema in der entsprechenden Anhörung sehr breit und teilweise kontrovers, jedoch grundsätzlich mit der gebotenen Tiefe diskutiert worden sei. Kreislaufwirtschaft bedeute jedoch, einen Kreis auch tatsächlich zu schließen, und dies könne das chemische Recycling der Anhörung zufolge bisher nicht leisten.

Schwarz-Grün nehme sich des Themas an und werde einen eigenen Antrag dazu einbringen, vertrete aber die Ansicht, dass Gründlichkeit in diesem Falle vor Geschwindigkeit gehe. Diesen Anspruch erfülle der vorliegende Antrag nicht, weil er das Thema einseitig betrachte und die verschiedenen, über das chemische Recycling hinausgehenden Aspekte und Notwendigkeiten des Kunststoffrecyclings außer Acht lasse.

**Ministerin Mona Neubaur (MWIKE)** zufolge kann chemisches Recycling einen Baustein zur Bewältigung der Transformation hin zur Klimaneutralität liefern. Der Sachver-

ständigAnhörung zufolge sollte der Fokus beim Aufbau einer Kreislaufwirtschaft jedoch vorrangig auf der Abfallvermeidung durch langlebige Produkte, Leasingmodelle und Sharing Economy liegen. Wo immer möglich, sollte die Wiederverwendbarkeit schon im Design angelegt sein.

Industrielle Prozesse müssten so angepasst werden, dass sie mit wenigen Rohstoffen auskämen, und geschlossene Kunststoff- und damit auch Kohlenstoffkreisläufe ermöglichen. Dabei sollten mechanisches und chemisches Recycling nicht gegeneinandergestellt, sondern gemeinsam weiterentwickelt werden. Die Landesregierung arbeite im Rahmen der Aktivitäten von IN4Climate.NRW genau daran und begleite zudem das nationale Gremium für zirkuläres Wirtschaften.

**Dietmar Brockes (FDP)** resümiert, die Landesregierung spreche sich ähnlich wie die regierungstragenden Fraktionen grundsätzlich für chemisches Recycling aus, wolle dem FDP-Antrag jedoch nicht zustimmen. Die Fraktion der Grünen habe ihn als nicht tiefgründig genug abgelehnt, dafür jedoch kein Argument genannt, weil sie vermutlich auch keines kenne. Die CDU-Fraktion habe lediglich auf offene Fragen verwiesen. Diese gebe es jedoch immer.

Er wäre durchaus bereit, einen kürzeren Antrag zu formulieren, um ein klares Signal an die Wirtschaft zu senden. Er halte ein solches für notwendig, weil bei den Unternehmen, wie zuvor erwähnt, bisher noch nicht angekommen sei, dass die Landesregierung zur stärkeren Nutzung von chemischem Recycling stehe. Schon jetzt entstünden entsprechende Anlagen nicht in NRW, sondern im grün-schwarz regierten Baden-Württemberg und in den Niederlanden. Damit lasse das Land sein Potenzial traurigerweise ein weiteres Mal ungenutzt.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

## 6 Die Gewinnung heimischer Gasvorkommen für mehr Versorgungssicherheit und Klimaschutz ergebnisoffen prüfen

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1665

Ausschussprotokoll 18/149 (Anhörung vom 01.02.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie – federführend – sowie an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 23.11.2022)*

**Vorsitzender Dr. Robin Korte** informiert, der mitberatende Umweltausschuss habe den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und AfD gegen die Stimmen der antragstellenden FDP-Fraktion abgelehnt.

**Dietmar Brockes (FDP)** nimmt Bezug auf die Aussage der Landesregierung, das sehr teure LNG-Gas setze derzeit den Preis. Derzeit werde sehr viel Schiefergas aus den USA bezogen. Dies werde dort zu deutlich schlechteren Bedingungen gefördert. Die Klimabilanz falle zudem katastrophal aus, wenn Transport und Umwandlung einberechnet würden.

Im Ausschuss sollte seines Erachtens Einigkeit darüber herrschen, dass alle Potenziale genutzt werden sollten, um Gas im Interesse der Bürgerinnen und Bürger kostengünstig vor Ort zu gewinnen. Es gehe der FDP-Fraktion nicht darum, um jeden Preis Schiefergas in Nordrhein-Westfalen zu fördern. Sie fordere lediglich eine ergebnisoffene Prüfung, auch wenn sie sich mit dieser Position in der Minderheit befinde.

Entgegen dem im Umweltausschuss vorgebrachten Argument, es gäbe kein Potenzial für Fracking in NRW, hätten die Experten in der Anhörung von in geringem Maße vorhandenem Potenzial gesprochen. Daher halte er es für notwendig, sich mit den Voraussetzungen für die Hebung dieses Potenzials auseinanderzusetzen.

Eine mögliche Gefährdung des Grundwassers halte auch die FDP-Fraktion für ein Ausschlusskriterium. In der Anhörung hätten Wissenschaftler jedoch berichtet, dass sich die Technologien in den vergangenen zehn Jahren deutlich verbessert hätten, und eine umweltverträgliche Förderung in Deutschland als möglich und zeitnah umsetzbar bezeichnet.

Angesichts der jetzt gültigen Regulatorik würde es sechs Jahre dauern, bis eine Genehmigung vorläge. Sobald diese jedoch erteilt würde, könnte innerhalb eines Jahres Schiefergas gewonnen werden, und wäre damit früher verfügbar, als das von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck in Katar für 2026 eingekaufte Gas.

**Thomas Okos (CDU)** stellt fest, Potenziale und Risiken der Technologie seien mittlerweile von mehreren Stellen geprüft worden, und es liege eine Einschätzung des Geologischen Dienstes vor. Er empfehle, die Anstrengungen an aussichtsreicherer Stelle fortzusetzen, beispielsweise beim Ausbau der erneuerbaren Energien und sich nicht mit Möglichkeiten aufzuhalten, die erst irgendwann in der Zukunft vielleicht in Frage kämen.

Es gehe gegenwärtig darum, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Für die Bereitstellung von Schiefergas halte er jedoch schon die von der FDP-Fraktion genannten sechs Jahre für einen ambitionierten Zeitplan und rechne sogar mit einem längeren Zeitraum. Währenddessen müssten längst andere Lösungen gefunden werden.

**Michael Röls (GRÜNE)** merkt an, er habe die Anhörung offenbar ganz anders verstanden als die FDP-Fraktion. Das Urteil zu dem Antrag sei verheerend ausgefallen. Die Antragsteller wollten eine ergebnisoffene Prüfung der Frage, wie das Schiefergas über die Energiekrise hinweghelfen könne. Die Sachverständigen hätten jedoch einen zeitlichen Horizont von sieben bis zehn Jahren bis zu einem potenziellen Beginn der Gasförderung genannt. Angesichts dessen eigne sich Frackinggas in der derzeitigen Gaskrise kaum dafür, das aktuell preissetzende LNG-Gas im Preis zu drücken.

Nun behaupte die FDP-Fraktion, es könne alles viel schneller gehen. Dennoch gelte es, die Erkenntnisse aus der Anhörung zur Kenntnis zu nehmen. Die dort als nicht nennenswert bezeichneten Schiefergasvorkommen in Nordrhein-Westfalen reichten für eine preissetzende Wirkung zudem ohnehin nicht aus. Zu dem Zeitpunkt, an dem das Gas schließlich zur Verfügung stehen könnte, werde Nordrhein-Westfalen auf dem Weg in Richtung der Klimaneutralität an einem Punkt angelangt sein, an dem es nicht mehr anfangen sollte, heimisches Gas zu fördern.

In zehn Jahren werde dies auch niemand mehr als wirtschaftlich bewerten. Er wünsche sich gerade in Krisenzeiten etwas mehr Realismus. In der Anhörung sei auch infrage gestellt worden, ob sich überhaupt Investoren für weitere teure und wenig erfolgversprechende Probebohrungen finden ließen. Die Technologie stehe ungeachtet einiger technischer Verbesserungen außerdem im Verdacht, erhebliche Gefahren für Umwelt und Wasser mit sich zu bringen. Er schließe sich der Empfehlung der CDU-Fraktion an, sich auf andere Technologien zu konzentrieren.

**Christian Obrok (SPD)** stellt fest, die SPD-Fraktion fühle sich durch die Anhörung in ihrer bereits vorher feststehenden Ablehnung bestätigt.

**Christian Loose (AfD)** zufolge hat die Anhörung bereits in den ersten Minuten gezeigt, dass es nichts zu prüfen gebe. In NRW fehle es mangels relevanter Vorkommen schlicht an Potenzial. Die FDP-Fraktion benötige Gas vor allem deshalb als neuen Energieträger, weil sie 2011 den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen und den Kohleausstieg in NRW mit vorangetrieben habe.

Damit mache sie sich zumindest keinen so schlanken Fuß wie die Grünen. Während diese Frackinggas und dessen Förderung in ihren Reden im Landtag als klimaschädlich bezeichneten, bejubelten sie den Import des entsprechenden Gases aus den USA.

Anscheinend begrüßten sie, dass die Gesundheit der Menschen und die Umwelt dort geschädigt würden. Im Vergleich zu dieser Doppelmoral halte er den Antrag immerhin für ehrlich. Die Forderung nach Technologieoffenheit unterstütze er ohnehin.

**MR Ulrich Kaiser (AWIKE)** führt aus, die Landesregierung stütze sich auf die Erkenntnisse der von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission Fracking. Diese habe sich bezüglich der aktuellen Situation im Energiemarkt geäußert, was jedoch nichts an der geologischen Situation und an der wissenschaftlich-technischen Bewertung von Fracking ändere. Dazu gebe es umfangreiche Studien, die vorwiegend auf Erkenntnissen aus dem Ausland basierten und zunächst auf ihre Übertragbarkeit auf Deutschland überprüft werden müssten.

Für die Klärung der vielen offenen Fragen in den erforderlichen Prüf-, Beteiligungs- und Genehmigungsprozessen würden demnach mehrere Jahre gebraucht. Unter anderem müsse das Thema der Umweltauswirkungen, insbesondere im Umgang mit dem Flowback bzw. den Lagerstättenwässern, geklärt werden.

Zudem müsse eine Vorerkundung stattfinden, weil in Nordrhein-Westfalen kaum Erkundungsergebnisse vorlägen. Der Geologische Dienst habe das geringe Potenzial von Schiefergas aufgezeigt. Hinzu kämen große Raumwiderstände, sodass Fracking nur in ganz wenigen Bereichen überhaupt realisierbar wäre.

Die Landesregierung konzentriere sich daher eher auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. Bei der Untergrundnutzung gehe es unter anderem um das Thema „Tiefengeothermie“. Insgesamt bestehe damit überhaupt keine Aussicht auf einen kurz- oder mittelfristigen Beitrag zur Stützung der Versorgungslage durch Erdgas aus Nordrhein-Westfalen.

**Dietmar Brockes (FDP)** merkt an, die Dauer von sieben bis zehn Jahren bis zur ersten Gasförderung ergebe sich nur daraus, dass man die bestehenden Regelungen nicht anfasse, sondern immer nur Bedenken vorschiebe. Rein technisch wäre eine Gasförderung jedoch innerhalb eines Jahres möglich. Das Interesse an Probebohrungen lasse sich schwer belegen, denn solange diese verboten blieben, melde natürlich niemand daran Interesse an.

Tatsächlich seien einige Punkte in der Expertenkommission offengeblieben. Sie sei aber klar zu der Erkenntnis gelangt, dass in Deutschland großes Potenzial bestehe. Die FDP-Fraktion plädiere dafür, dies im Sinne der Bürgerinnen und Bürgern ergebnisoffen prüfen. Mit ihrer Ablehnung vertrete die CDU-Landtagsfraktion eine vollkommen andere Position als die entsprechende Bundestagsfraktion. Immerhin habe sich Steffen Bilger noch Ende 2023 gegen ideologische Denkverbote beim Fracking ausgesprochen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der FDP-Fraktion ab.

## 7 **NRW auf dem letzten Platz – nach katastrophalem Schrumpfen der Wirtschaft muss die Landesregierung mit aktiver Wirtschaftspolitik die Wende schaffen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/1692

Ausschussprotokoll 18/151 (Anhörung vom 01.02.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 03.11.2022)*

**André Stinka (SPD)** betont, Nordrhein-Westfalen stehe angesichts der vielen hier ansässigen energieintensiven Unternehmen vor anderen Herausforderungen als viele andere Bundesländer. Zum Teil müsse diesbezüglich in Berlin und Brüssel gehandelt werden, IHK und DIW hielten jedoch auch das Investitionsklima in NRW für ausbaufähig.

Aufgrund der für die Transformation in NRW notwendigen Zukunftsinvestitionen, solle das Investitionsklima insgesamt gestärkt und eine klare Planung vorgelegt werden. In den kommenden Wochen und Monaten müssten im Sinne der Beschäftigten und Unternehmen viele große und kleine Weichen gestellt werden. Die Diskussion über dieses Thema plätschere immer ein wenig dahin. Es werde versichert, es sei schon irgendwie zu schaffen. Er gebe zu bedenken, die Quartalszahlen gäben zwar tatsächlich Grund zur Hoffnung, doch die Krisen und die Schwierigkeiten blieben auch weiterhin.

**Jan Matzoll (GRÜNE)** zufolge sind viele Punkte des Antrags bereits aktives Regierungshandeln und seine Fraktion stimme mit vielen Aspekten auch inhaltlich überein. In manchen Punkten sei der Antrag jedoch auch deshalb überholt, weil sich die Fakten geändert hätten oder die entsprechende Forderung schon mehrfach erhoben und abgelehnt worden sei.

Der Landtag könne zudem derzeit überhaupt keinen direkten Einfluss auf den Industriestrompreis nehmen. Die Landesregierung bzw. das Wirtschaftsministerium sei diesbezüglich gemeinsam mit anderen Ländern unterwegs, und auch die Bundesregierung habe versichert, dass im ersten Halbjahr 2023 ein Modell auf den Weg gebracht werde. Zudem teile seine Fraktion auch nicht alle Schlussfolgerungen des Antrags.

**Peter Blumenrath (CDU)** schließt sich den Worten des Vorredners an und bemängelt die seines Erachtens polemisch formulierte Überschrift. Tatsächlich befinde sich Nordrhein-Westfalen in einer Delle, allerdings schrumpfe die Wirtschaft nicht, sondern wachse weiterhin.

Das Land Nordrhein-Westfalen könne die aktuelle Rahmenlage schlicht und ergreifend nicht verantworten. Der hohe und jetzt über die Preisbremse gestaltete Strompreis und



die Unsicherheiten bei der Gasbeschaffungsumlage hätten für Unruhe am Markt gesorgt. Das Land habe jedoch die ihm möglichen Maßnahmen wie etwa eine Wasserstoff- und Windenergiestrategie auf den Weg gebracht und die Preise stabilisiert, indem es Kohlekraftwerke ans Netz genommen habe.

Er halte den plumpen Vergleich mit anderen Bundesländern auch deshalb für schwierig, weil es in Nordrhein-Westfalen schlicht und ergreifend viel mehr Industrie gebe als in den meisten anderen Bundesländern. Im Vergleich zu Bayern und Baden-Württemberg habe NRW die Krise ganz gut gemeistert und stelle gerade nicht das Schlusslicht dar. Die sehr stabile nordrhein-westfälische Wirtschaft schaue trotz aller Probleme weiter nach vorn.

Die Wirtschaft wachse, obwohl die Landespolitik sie über Parteigrenzen hinweg gebeten habe, ihren Energiebedarf zu senken. Das zeige, dass sie sehr gut aufgestellt sei und sich wirklich gut durch die Krise manövriert habe, und zwar nicht zuletzt, weil auch die Ministerien eine gute Arbeit geleistet hätten, und sich die Ministerin im Bund gut für die Belange der nordrhein-westfälischen Wirtschaft eingesetzt habe.

Bezüglich der Überschrift mahne er zur Vorsicht. Alle müssten vermeiden, falsche Signale nach außen zu senden. Diesbezüglich sehe er alle insbesondere aber auch den Bund in der Verantwortung. Er sich über ein schnelleres Ergebnis auf dieser Ebene freuen. Angesichts der schlimmen Rahmenbedingungen habe NRW das Jahr 2022 recht gut bzw. mit einem blauen Auge überstanden. Deswegen halte er Panikmache für unangebracht, es gehe vielmehr darum, mit viel Zuversicht und einem klaren Kurs voranzugehen. Dies mache diese Landesregierung recht erfolgreich.

**Dietmar Brockes (FDP)** dankt der SPD-Fraktion für den Antrag und die sehr lehr- und hilfreiche Anhörung. Die Zielrichtung des Antrags halte seine Fraktion für richtig, könne die enthaltenen Schlussfolgerungen und Lösungsvorschläge aber nicht mittragen.

Während die CDU-Fraktion die Situation bedauerlicherweise schönrede, habe die Anhörung gezeigt, dass die Investitionserwartungen in Nordrhein-Westfalen deutlich schlechter als im restlichen Deutschland abschnitten. Dem IW Köln zufolge benötige NRW jährlich Investitionen in Höhe von 55 Milliarden, biete dafür aber nach wie vor zu schlechte Rahmenbedingungen.

Von dem von der SPD-Fraktion einmal mehr vorgeschlagenen Transformationsfonds halte seine Fraktion nichts, weil dieser mit Schulden finanziert werde und damit genau das falsche Signal sende.

Die Wirtschaft werde durch die viel zu hohen Energiepreise, zu viel Bürokratie und eine veraltete Infrastruktur gehemmt. Mit der derzeit betriebenen Politik werde Nordrhein-Westfalen bei der wirtschaftlichen Entwicklung nicht wie in den vergangenen fünf Jahren vorne mitspielen, sondern wieder unter den Durchschnitt zurückfallen und am Ende Schlusslicht werden. Deswegen erwarte die FDP-Fraktion, dass mehr gemacht werde, um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und zu vereinfachen, sodass Investitionen wieder in NRW stattfänden.

**Christian Loose (AfD)** kritisiert, dass die CDU-Fraktion sich über Erfolge freue, obwohl die Entscheidungen von BASF, Speira und TRIMET zeigten, wohin die Reise der Industrie gehe. Diese wandere nicht von heute auf morgen ab. Zunächst zeige sich Zurückhaltung bei den Investitionen, dann werde das Geschäft über Jahre hinweg allmählich geschlossen.

Der BDI und der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages Peter Adrian gäben deutliche Warnungen ab. Im Vergleich der Preise in Deutschland und den USA bzw. vielen anderen Ländern sei Deutschland bereits ganz weit ins Hintertreffen geraten.

Der Antrag beklage nur die schlechte jüngste Entwicklung in NRW. Allerdings sei die Entwicklung des Landes politisch über viele Jahre von der SPD begleitet worden. Daher empfehle er, deren Vorschläge mit großer Vorsicht zu betrachten.

Seit Jahrzehnten hänge NRW hinterher, und obwohl die alten Rezepte der SPD dies bisher nicht verhindert hätten, halte die Fraktion an diesen fest und ignoriere, dass NRW mit 190 Milliarden Euro die im Vergleich zu allen anderen Bundesländern höchsten Schulden angehäuft habe. Sie fordere weitere 30 Milliarden Euro Schulden für das Sondervermögen des Transformationsfonds. Dabei würde die Wirkung dieses Fonds kurzfristig verpuffen. Die nachfolgenden Generationen müssten den Schuldenberg dagegen langfristig tragen.

In dem Antrag werde nicht begründet, warum private Investoren über diesen Fonds in Projekte investieren sollten, in die sie über den normalen Kapitalmarkt nicht investiert hätten. Er halte dies für in keiner Weise schlüssig.

Auch die klimapolitische Positionierung des Antrags sei in der Anhörung bemängelt worden. Als Nichtküstenland habe NRW bei der Solar- und Windenergie Nachteile, bei der Energieerzeugung durch fossile Energiegewinnung dagegen komparative Kostenvorteile. Zudem habe ein Sachverständiger dafür plädiert, in Adaptionsmaßnahmen zu investieren, weil diese die besten Klimainvestitionen darstellten. Auch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, also in gute und schnelle Verkehrswege halte dieser für sinnvoller als einen ideologischen Kampf gegen den Straßenverkehr.

Zudem sei der Ansatz kritisiert worden, der Staat solle Zukunftsinvestitionen definieren. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass es sich beim Staat wieder um den besseren Unternehmer noch um den besseren Erfinder handele. Seine Fraktion lehne den Antrag als sozialistisch und planwirtschaftlich ab.

**StS'in Silke Krebs (MWIKE)** zufolge habe sich seit der Antragstellung einiges zum Besseren gewendet. In Bezug auf die Situation der Banken gebe sie zu bedenken, dass man eine Bankenkrise auch herbeireden könne. Sie hält es für schwierig, wenn von Schrumpfungen geredet werde, die sich anhand der wirtschaftlichen Bilanz gar nicht feststellen ließen.

Die Problemlagen in der energieintensiven Grundstoffindustrie wolle sie keinesfalls negieren. Insgesamt habe die Schrumpfung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft aber verhindert werden können. Für das Gesamtjahr 2023 werde jetzt eine Stagnation prognostiziert. Für das Jahr 2022 schätzte das RWI das Wachstum auf 2 %. Zudem

freue sie sich über die Prognose, der zufolge 2023 voraussichtlich 60.000 neue Arbeitsplätze entstünden. Die Gesamtlage stelle sich damit deutlich freundlicher dar als zu der Zeit, als der Antrag verfasst worden sei. Dennoch blieben noch Aufgaben zu erledigen, unter anderem gehe es um das Thema der Energiepreise.

Die schlechte Investitionslage in Nordrhein-Westfalen habe sich nicht erst im vergangenen Jahr entwickelt, sondern halte seit Jahren an. Sie halte sie für gewissermaßen typisch für ein von Grundstoffindustrie geprägtes Land. Dennoch werde die Landesregierung, wie ihre Vorgänger, mit aller Kraft daran arbeiten, die Investitionstätigkeit intensiv zu unterstützen. Dies geschehe aktuell insbesondere vor dem Hintergrund, dass wegen der Energiesituation, der allgemeinen Klimasituation und des Digitalisierungsbedarfs eine Menge Transformationsaufgaben nur durch Investitionstätigkeit gelöst werden könnten.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

**8 Mit einer Arbeits- und Fachkräfteoffensive im Bereich der beruflichen Bildung dem Fachkräftemangel in Nordrhein-Westfalen begegnen**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/1353

Ausschussprotokoll 18/148 (Anhörung vom 01.02.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, an den Wissenschaftsausschuss, an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie an den Integrationsausschuss am 04.11.2022)*

**Vorsitzender Dr. Robin Korte** weist darauf hin, der Ausschuss habe sich in der Ob-  
leuterunde darauf verständigt, bei Anträgen, die er nur mitberatend behandle, in der  
Regel keine Aussprache vorzunehmen, sondern nur abzustimmen.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

**9 Biogas und Biomethan als Beitrag zur Energieunabhängigkeit ausbauen und fördern**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1359

Ausschussprotokoll 18/118 (Anhörung vom 11.01.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 02.11.2022)*

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

**10 Die Landesregierung muss den Schutz der Kritischen Infrastruktur sicherstellen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/1375

Ausschussprotokoll 18/163 (Anhörung vom 09.02.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung an den Innenausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Heimat und Kommunales, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Verkehrsausschuss, an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume, an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung am 02.11.2022)*

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

**11 „Europakonferenz für Energiesicherheit und Wachstum“: Gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden schaffen wir warme Wohnungen, sichere Stromnetze und internationale Verständigung**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1664

Ausschussprotokoll 18/154 (Anhörung vom 03.02.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 24.11.2022)*

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und AfD ab

**12 Fachkräftesicherung durch die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung – Verankerung in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1014

**Marc Zimmermann (GRÜNE)** dankt dem Ministerium für den durch den Bericht gewährten Einblick in die Interministerielle Arbeitsgruppe Fachkräfteoffensive NRW. Diese resultiere aus einem bereits beschlossenen Antrag und deren prompte Einrichtung zeige, dass die Landesregierung die Problematik des Fachkräftemangels ernst nehme. Er blicke mit Spannung auf den 11. Mai 2023 und die Strategie, die sich daraus entwickle.

In wirtschaftlicher Hinsicht interessiere ihn die Rolle des MWIKE in der IMAG Fachkräfteoffensive NRW. Zudem würde er gern wissen, inwieweit die Arbeitsgruppe das Zusammenspiel zwischen Wirtschaft und Schule betrachte. Berufliche Bildung sollte sich seines Erachtens nicht auf das Berufskolleg oder ähnliche Einrichtungen beschränken, sondern in allen Schulen und auch möglichst früh stattfinden.

Der Fachkräftemangel lasse sich nicht allein durch die Verankerung der Gleichwertigkeit der Ausbildungswege in der Verfassung lösen. Vielmehr müssten Politik, Wirtschaft, Schulen und Elternhäuser den jungen Menschen die Chance einer beruflichen Ausbildung für ihren Lebensweg bewusst machen. Die Verankerung in der Landesverfassung würde lediglich eine formale Gleichwertigkeit feststellen. In der Praxis gehöre deutlich mehr dazu.

**Frederick Cordes (SPD)** lobt den Bericht als sehr informativ. Er halte die Attraktivierung von Ausbildung für einen wirksamen Baustein gegen den Fachkräftemangel. Es gebe diesbezüglich jedoch noch viel zu tun.

Die Landesregierung sehe die Verankerung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung im DQR als den geeigneteren Weg, schließe eine Festschreibung in der Landesverfassung aber nicht aus. Seines Erachtens handele es sich jedoch nicht um sich ausschließende, sondern einander ergänzende Schritte. Zudem würde er diese Entscheidung ungern der Kultusministerkonferenz auf Bundesebene überlassen.

In den Plenarsitzungen des Landtags hätten sich auch Vertreter anderer Fraktionen, zum Beispiel die der FDP, für eine Verankerung in der Verfassung ausgesprochen, Ähnliches gelte für die CDU-Fraktion. Bei den Grünen habe er entsprechende Signale vor allem vor der Wahl wahrgenommen. Daher wolle seine Fraktion eine Anhörung zu dem Thema beantragen, um sich darüber noch einmal austauschen zu können.

Die SPD-Fraktion gehe diesen ungewöhnlichen parlamentarischen Weg bewusst. Sie wolle bei diesem Thema möglichst viele mitnehmen und den Willen zur Zusammenarbeit und zu einem möglichen gemeinsamen Antrag signalisieren.



Eine ähnliche oder sogar die gleiche Berichts-anfrage sei auch im AGS gestellt worden. Auch die Antworten ähnelten sich zumindest. Darum werde heute Mittag vermutlich auch dort eine Anhörung beantragt werden. Gegebenenfalls könnten die Anhörungen zu einer gemeinsamen zusammengefasst werden. Er schlage vor, darüber in der Ob-leuterunde zu beraten.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte** kündigt an, den Verfahrensvorschlag in der kommen-den Ob-leuterunde aufzurufen. Ihm sei jedoch nicht ganz klar, ob sich die Anhörung auf diesen Bericht beziehen solle, oder ob es noch einen Antrag zu diesem Thema geben werde, da Anhörungen üblicherweise zu Anträgen beantragt würden.

**Frederick Cordes (SPD)** verweist darauf, dass grundsätzlich zu jedem Tagesord-nungspunkt eine Anhörung beantragt werden könne und dies in der vergangenen Le-gislaturperiode bereits verschiedentlich so gehandhabt worden sei.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte** schlägt vor, sich in der kommenden Woche in der Ob-leuterunde zu dem Thema zu verständigen, würde jedoch gern wissen, ob die SPD-Fraktion dies formell zur Abstimmung stelle. Er sei im Vorfeld nicht über diesen Wunsch informiert worden und habe sich deswegen keine Gedanken dazu machen können.

**Alexander Vogt (SPD)** stellt klar, dass eine Anhörung beantragt sei und diese heute beschlossen werden könne. Über die genaue Ausgestaltung bzw. den Ablauf könne dann in der Ob-leuterunde beraten werden.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte** kündigt an, später darüber abstimmen zu lassen, ob eine Anhörung zu dieser Anfrage durchgeführt werden solle.

**Dr. Christian Untrieser (CDU)** zeigt sich über das Verfahren bezüglich der Anhörung irritiert. Er hätte sich gewünscht, früher über das Anliegen der SPD-Fraktion informiert zu werden. Da Anhörungen laut § 57 der Geschäftsordnung ein Minderheitenrecht dar-stellten, werde eine solche durchgeführt, wenn eine Fraktion sie beantrage. Er schlage jedoch vor, daraus eine schriftliche Anhörung zu machen, weil bereits viele Präsenz-an-hörungen bevorständen.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte** bestätigt die Einschätzung seines Vorredners, wonach nur noch zu klären bleibe, in welcher Form und mit welchen Sachverständigen die An-hörung stattfinde. Üblicherweise werde über diese Fragen in der Ob-leuterunde beraten.

**André Stinka (SPD)** stellt klar, die Gespräche über den konkreten Ablauf der Anhö-rung könnten selbstverständlich nach dem Beschluss in der Ob-leuterunde erfolgen.

Seine Fraktion, so **Dietmar Brockes (FDP)**, sehe durchaus Möglichkeiten der Zusam-menarbeit in der inhaltlichen Frage. Er halte das Verfahren bezüglich der Anhörung für

etwas schwierig und frage sich, ob laut Geschäftsordnung tatsächlich eine Anhörung auf Grundlage einer Berichts-anfrage stattfinden könne, da aus dem Bericht keine klare politische Haltung hervorgehe. Im Falle einer Abstimmung würde sich seine Fraktion enthalten.

**Dr. Christian Untrieser (CDU)** erläutert, eine Anhörung finde nach § 57 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtages auf Antrag eines Viertels der Mitglieder oder einer Fraktion statt. Daher halte er die Zustimmung des Ausschusses für nicht erforderlich.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte** stellt klar, eine Anhörung zu einer Berichts-anfrage sei möglich. Die SPD könne von ihrem Minderheitenrechts Gebrauch machen und auch eine mündliche Anhörung fordern. Er schlage vor, heute nur die Anhörung zu beschließen und alle weiteren Formalitäten in der Obleuterunde zu besprechen.

**Christian Loose (AfD)** gibt zu bedenken, das Thema tangiere neben dem Wirtschaftsausschuss auch noch weitere Ausschüsse, zum Beispiel den Wissenschaftsausschuss.

**Vorsitzender Dr. Robin Korte** verweist auf die Ankündigung der SPD-Fraktion, dass eine ähnliche Anhörung heute auch im AGS beantragt werden solle. Er spreche sich für diesen Fall für eine gemeinsame Anhörung aus. Über weitere gegebenenfalls zu beteiligende Ausschüsse werde die SPD-Fraktion vermutlich noch informieren.

Der Ausschuss kommt auf Wunsch der Fraktion der SPD überein, eine Anhörung durchzuführen und über das weitere Verfahren im Rahmen einer Obleuterunde zu beraten.

**13 Erst Trimet, jetzt Speira – wer wird das nächste Opfer der energiewendenden, großen Transformation** *(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 4])*

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1015

**Christian Loose (AfD)** weist darauf hin, dass seine Fraktion diverse Fragen zu den Maßnahmen der Landesregierung gestellt habe. Zudem habe sie um eine Bewertung der Aussage der Aluminiumhersteller bezüglich der auch langfristig zu hohen Energie- und Strompreise gebeten. Die Landesregierung habe jedoch lediglich auf die unternehmerischen Entscheidungen verwiesen, in die sie selbstverständlich nicht eingebunden werde.

Die Frage laute aber, wie die Landesregierung ein ähnliches Schicksal weiterer Aluminiumhersteller abwenden könne, oder ob sie die Entscheidung, in Deutschland nicht mehr zu produzieren und zu investieren, einfach tatenlos hinnehme, weil die CO<sub>2</sub>-Preise nun einmal erhöht worden seien und in der Folge die Strompreise stiegen.

**Ministerin Mona Neubaur (MWIKE)** stellt fest, die Landesregierung habe sich mehrfach zu ihrem Engagement für einen Industriestrompreis auf europäischer und Bundesebene geäußert. Sie versuche zudem, die energieintensiven Industrien durch den Ausbau der erneuerbaren Energien zu unterstützen.

Speira habe unternehmerische Entscheidungen getroffen, unter anderem diejenige für den Alustandort Neuss. Bei dem ebenfalls beschlossenen Eintritt in einen Aluverbund, werde das Unternehmen versuchen, die 300 betroffenen Beschäftigten so gut wie möglich einzubinden. In Zukunft gehe es darum, die Möglichkeiten der Alukreislaufwirtschaft stärker zu nutzen und damit eine Technologieführerschaft in diesem wichtigen Bereich zu entwickeln, die in die gesamte Aluminiumbranche in NRW hineinwirken, sowie gegebenenfalls sogar darüber hinaus.

Die Ministerin, so **Christian Loose (AfD)**, habe sich zwar zu dem verbleibenden Werk, nicht aber zu dem Teil geäußert, der gehen werde. Speira werde sein Aluminium jetzt nämlich importieren. Dies führe zwar zur lokalen Dekarbonisierung, der Strom werde jedoch andernorts verbraucht, nämlich dort, wo das Aluminium produziert werde.

Er würde gern wissen, inwieweit die Landesregierung dies und die Tatsache, dass Hersteller mit höchst effizienten Verfahren abwanderten, in ihre Überlegungen einbeziehe, und was sie tun wolle, um Aluhersteller in Deutschland zu halten?

**StS'in Silke Krebs (MWIKE)** erwidert, die Situation stelle sich für die Alubranche in ganz Europa ähnlich bedenklich dar. Die Landesregierung beobachte die Sorge um den dauerhaft höheren Strompreis. Da dieser hoch bleibe, bis die Erneuerbaren in ausreichender Menge zur Verfügung ständen, setze sie sich für den europäische Industriestrompreis ein.

Zudem unterstütze sie die Aluindustrie bei allem, was diese aus eigenem Antrieb bereits mit hohem Engagement tue. Dazu gehöre die Fokussierung auf recyceltes Aluminium und die Entwicklung entsprechender Technologien. Für die Gewinnung von Aluminium aus recyceltem Aluminium werde nur 5 % der für die Herstellung von Rohaluminium aus Erzen notwendigen Energie benötigt. Die Umstellung auf Recycling bedeute also eine erhebliche Energieeinsparung.

**14 Flächenanalyse Windenergie – weitere Umsetzungsschritte** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 5]*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1016

**Dietmar Brockes (FDP)** schlägt vor, den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu vertagen und kündigt an, die Fragen an die Landesregierung durch weitere zu ergänzen.

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der FDP-Fraktion überein, den Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung zu behandeln.

## **15 Verschiedenes**

– keine Wortbeiträge

(Kurze Unterbrechung – Es folgt ein vertraulicher Sitzungsteil; siehe vAPr 18/25.)

gez. Dr. Robin Korte  
Vorsitzender

## **5 Anlagen**

15.05.2023/24.05.2023



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden  
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,  
Klimaschutz und Energie  
Herrn Dr. Robin Korte MdL  
Landtag Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

**André Stinka MdL**  
Sprecher für Wirtschaft, Industrie,  
Klimaschutz und Energie

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

T 0211.884-26 38  
F 0211.884-31 72  
andre.stinka@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion-nrw.de

17.03.2023

**Beantragung einer Aktuellen Viertelstunde für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 22.03.2023 mit dem Titel: „OVG-Urteil zu den Corona-Soforthilfen 2020: Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung für die Förderverfahren?“**

Sehr geehrter Herr Dr. Korte,

das Urteil des OVG Münster im Berufungsverfahren zu den Rückzahlungsverpflichtungen der Empfängerinnen und Empfänger der NRW-Soforthilfe 2020 wird noch für den heutigen 17. März 2023 nach langer Gerichtsverhandlung erwartet.

Die Verwaltungsgerichte Düsseldorf, Köln und Gelsenkirchen hatten zuvor Klagen der Betroffenen gegen Rückzahlungsforderungen des Landes bei den Corona-Soforthilfen Recht gegeben: die Landesregierung sei von der eigenen Förderpraxis abgewichen, indem sie bei Gewährung der Hilfen Umsatzauffälle in Aussicht stellte, aber nachträglich auf Liquiditätsengpässe als Berechnungsgrundlage abzielte und eine Vorläufigkeit der Hilfen behauptete. Dieses Vorgehen zeugt von handwerklichem Dilettantismus und erschüttert das Vertrauen von Kleinbetrieben, Solo-Selbständigen, Gründerinnen und Freiberuflern in staatliches Handeln. 430.000 Anträge waren in diesem Verfahren bewilligt worden. Die SPD-Fraktion forderte daher bereits im Oktober 2022 die Landesregierung auf, die Urteile der Verwaltungsgerichte politisch anzuerkennen und einerseits die Rückzahlungsaufforderungen insgesamt zu stoppen, d.h. die ausgestellten etwa 11.000 Schlussbescheide zurückzunehmen und von weiteren abzusehen, andererseits jenen die Rückzahlungen zu

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



erstaten, die bereits im guten Glauben trotz des eigenen Nachteils der Zahlungsaufforderung des Landes gefolgt waren. Dies bleiben unverändert die Forderungen der SPD-Fraktion.

Wir beantragen daher eine Aktuelle Viertelstunde in der anstehenden Ausschusssitzung am 22. März 2023, um über die Konsequenzen aus dem OVG-Urteil für die Förderverfahren sowie die weiteren politischen Schritte der Landesregierung zu sprechen.

Mit freundlichen Grüßen

André Stinka MdL



# GUTE ARBEIT IST UNSER AUFTRAG.

Düsseldorf 22.03.2023 –  
Ausschuss für Wirtschaft, Industrie,  
Klimaschutz und Energie – START NRW



Sascha Bruckhoff



# AGENDA

- 01 | **Unsere Gesellschafter**
- 02 | **Das tun wir für Sie**
- 03 | **Diese Zahlen sprechen für uns**
- 04 | **Ihr vertrauenswürdiger Partner**

# 01 | UNSERE GESELLSCHAFTER



# BREITES GESELLSCHAFTER-NETZWERK

- Land Nordrhein-Westfalen
- Arbeitgeberverband Stahl e.V.
- Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW e.V.
- METALL NRW
- DGB-Bezirk NRW
- Städte Duisburg, Düsseldorf, Troisdorf
- Landkreise NRW
- Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW
- Evangelische Kirche im Rheinland



**02 | DAS TUN  
WIR FÜR SIE**



# DAS TUN WIR FÜR SIE – HR SERVICES ZEITARBEIT

## Zeitarbeit als Brücke zwischen Unternehmen und Menschen

Wir verbinden Sie mit den für Ihre Anforderungen passenden Menschen und unterstützen Sie mit umfassender Betreuung.

### Profitieren Sie von

- Haustarifvertrag (IG Metall/ver.di/IG BCE, inkl. Qualifizierungstarifvertrag), Equal Payment
- einer kostenlosen Übernahme unseres Zeitarbeitspersonals nach neunmonatigem Einsatz
- qualifiziertem Personal und überdurchschnittlichen Produktivitätsquoten
- der Unterstützung in Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes
- Beschäftigungssicherungsmodellen

# DAS TUN WIR FÜR SIE – HR SERVICES BESCHÄFTIGTENTRANSFER

## Beschäftigtentransfer, von dem alle profitieren

Wir vertreten die Interessen von Arbeitgebern und Beschäftigten.

### Ihre Vorteile auf einen Blick

- Durchführung und Begleitung von Transfergesellschaften, Transferagenturen und Outplacementberatungen
- Imagesicherung durch einen sozialverträglichen und verantwortungsvollen Personalabbau
- Möglichkeit der Unterstützung durch öffentliche Mittel
- Planungssicherheit für Ihr Unternehmen dank Klarheit über Kosten und Zeithorizont
- Vermeidung von Kündigungsschutzklagen durch Eintritt der Mitarbeitenden in die Transfergesellschaft

# DAS TUN WIR FÜR SIE – HR CONSULTING

**Profitieren Sie durch Expertise und Erfahrung bei Beratung und Bereitstellung von Lösungsansätzen in folgenden Themen:**

- Ansiedlungsmanagement
- Transformationsprojekten im wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Strukturwandel
- Personalberatung sowie Konzeptionierung und Begleitung u.a. in den Bereichen Employer Branding, Führungskräfteentwicklung
- Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie Ergonomie
- Zertifizierungen und Überwachungsaudits
- Recruiting- und Onboarding-Projekten
- Payrolling



# DAS TUN WIR FÜR SIE – HR SERVICES ALTERSTEILZEITMODELL

## Personalpolitisches Instrument

Wir übernehmen bestehende und/oder künftig geplante Beschäftigungsverhältnisse in der Altersteilzeit.

### Profitieren Sie von

- erweitertem Handlungsspielraum durch eine langfristige Personalplanung
- gemeinsamen Projekten mit dem Betriebsrat und Mentorship-Programmen
- einer positiveren Unternehmensbewertung und dem daraus resultierenden Mehrwert
- der Betreuung und Expertise eines festen Consultants

# DAS TUN WIR FÜR SIE - PARTNERSCHAFTLICHE AUSBILDUNG

## Partnerschaftliche Ausbildung schafft Fachkräfte

Wir unterstützen Sie bei der Schaffung neuer Ausbildungsplätze durch unser vielfach ausgezeichnetes Modell „Partnerschaftliche Ausbildung“.

### Profitieren Sie von

- der Deckung Ihres Fachkräftebedarfs: Seit 2005 haben mehr als 1.500 Jugendliche eine Chance auf Ausbildung erhalten
- unserem Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungssituation
- unserem Beitrag zur Integration: Teilzeitausbildung, Kooperationsprojekt zur Ausbildung und Integration junger Geflüchteter

**03 | DIESE ZAHLEN  
SPRECHEN FÜR  
UNS**



# DIESE ZAHLEN SPRECHEN FÜR UNS – STAND: JANUAR 2021

## START NRW im Überblick

Der Mut zum Querdenken ist unser Ursprung und macht uns zu einem wichtigen Impulsgeber für den Arbeitsmarkt.

- über **50.000** eingestellte Zeitarbeitnehmer, davon rund **62 %** Zielgruppenanteil
- über **1.500** junge Menschen in Ausbildung gebracht
- über **60 %** Vermittlungsquote im Beschäftigtentransfer
- über **22.000** Übernahmen durch Kundenbetriebe:
  - Übernahmequote von rund **46 %**
  - davon rund **57 %** Zielgruppenanteil

# 04 | IHR VERTRAUENS- WÜRDIGER PARTNER



# IHR VERTRAUENSWÜRDIGER PARTNER – BETRIEBSRAT

## Unser Betriebsrat setzt sich für die Interessen aller Beschäftigten bei START NRW ein

Um unseren arbeitsmarktpolitischen Auftrag zu erfüllen übernehmen wir mit unserem Betriebsrat auch in den Unternehmen Verantwortung.

- Im Betriebsrat von START NRW sind interne Mitarbeitende und Zeitarbeit\*nehmer vertreten.
- Der Betriebsrat steht auch den Unternehmen und Arbeitnehmervertretern als Ansprechpartner zur Verfügung.

### Ihr Ansprechpartner:

Hendrik Schulz (BR-Vorsitzender)  
Tel.: 0800 7827687 (kostenlose Rufnummer)  
E-Mail: [betriebsrat@start-nrw.de](mailto:betriebsrat@start-nrw.de)

# VIELEN DANK

START NRW GmbH  
Sascha Bruckhoff  
Tel.: 0203 29519-53  
E-Mail: [sascha.bruckhoff@start-nrw.de](mailto:sascha.bruckhoff@start-nrw.de)









SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden  
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,  
Klimaschutz und Energie  
Herrn Dr. Robin Korte MdL  
Landtag Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

**André Stinka MdL**  
Sprecher für Wirtschaft, Industrie,  
Klimaschutz und Energie

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

T 0211.884-26 38  
andre.stinka@landtag.nrw.de  
www.spd-fraktion-nrw.de

09.03.2023

**Berichts-anfrage zum Thema „Fachkräftesicherung durch die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung – Verankerung in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen“**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (KOFA) spricht für das Jahr 2021 von einer Fachkräftelücke von 53.880 qualifizierten Arbeitskräften in NRW<sup>1</sup>. Bereits heute herrscht in einigen Branchen ein besorgniserregender Fachkräftemangel. Ob in den pflegerischen Berufen, in verschiedenen handwerklichen Berufen oder in der Sozialarbeit und -pädagogik – in all diesen Branchen bleiben viele Stellen unbesetzt. Auch der Blick auf die branchenübergreifenden Zahlen mahnt zum Handeln. So weist der Fachkräftemonitor NRW der IHK für 2021 einen Engpass von 366.000 Fachkräften aus<sup>2</sup> Die Folgen sind vielfältig. Auf der individuellen Ebene begegnet der Fachkräftemangel den Menschen in Nordrhein-Westfalen in ihrer Lebensrealität ganz konkret. Auf volkswirtschaftlicher Ebene wiederum bedeutet der Fachkräftemangel enorme Wachstums- und Wohlstandsverluste. Eine Studie der Boston Consulting Group beziffert die Kosten je fehlender Fachkraft pro Jahr auf 86.000 Euro<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> <https://www.kofa.de/media/Publikationen/Laendersteckbriefe/Nordrhein-Westfalen.pdf>

<sup>2</sup> <https://www.fkm-nrw.de/fachkraeftemonitor.html#3kROmVD>

<sup>3</sup> <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/fachkraeftemangel-fehlende-arbeitskraefte-kosten-deutschland-milliarden-8734591.html>

**#SozialerFortschritt**  
**Für die Vielen,**  
**nicht die Wenigen.**



Die schwarz-grüne Landesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag nachdrücklich positioniert: „Für uns sind die akademische und die berufliche Bildung gleichwertig. Insbesondere mit Blick auf den aktuellen Fachkräftebedarf werden wir die duale Ausbildung und die Berufsschulen stärken.“<sup>4</sup>

Vor dem Hintergrund bitten wir um einen schriftlichen Bericht zum Thema „Fachkräftesicherung durch die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung – Verankerung in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen“ für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 22.03.2023. Der Bericht soll u.a. folgende Fragen beantworten:

- *Wie ist die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen verankert?*
- *Welche Handlungsaufträge leiten sich aus der Formulierung der Gleichwertigkeit aus dem Koalitionsvertrag für das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie ab?*
- *Welche Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in NRW ergreift das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie vor dem Hintergrund der Formulierung einer Gleichwertigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung?*
- *Wie sichert das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie Fachkräfte als Standortfaktor für eine zukünftige Industrieregion?*
- *Inwiefern könnte eine festgeschriebene Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung in der Landesverfassung die Attraktivität der dualen Berufsausbildung steigern und dem Fachkräftemangel erfolgreich entgegenwirken?*

Mit freundlichen Grüßen

---

<sup>4</sup> Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen. Koalitionsvereinbarung von CDU und Grünen 2022-2027. S. 63, Z. 3086-3088.



André Stinka MdL



Anschreiben per Email

An  
Herrn Ausschußvorsitzenden  
Dr. Robin Korte MdL  
- Im Hause -

Datum: 09.03.2023

Sehr geehrter Herr Dr. Korte,

für die Sitzung des Ausschusses Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 22.03.2023 beantrage ich für die Fraktion Alternative für Deutschland den folgenden Tagesordnungspunkt mit der höflichen Bitte um eine Berichtsvorlage in Schriftform durch die Landesregierung:

**„Erst Trimet, jetzt Speira – wer wird das nächste Opfer der energiewendenden, großen Transformation?“**

Bereits vor dem russischen Überfall auf die Ukraine haben drei Maßnahmen für steigende Strompreise gesorgt: die massive Verknappung des Marktangebotes an Strom durch ideologisch getriebenes, staatlich gefordertes Abschalten von Kraftwerken, die Reduzierung der Anzahl der CO<sub>2</sub>-Zertifikaten in der EU und die Angebotsreduktion an gefördertem Gas und Erdöl in Folge des Pariser Klimaabkommens von 2015.

Die Folgen des deutschen – im europa- und weltweiten Vergleich – energiepolitischen Alleingangs sind erheblich: „Die hohen Strompreise haben ein weiteres Opfer in der deutschen Industrie gefunden. Der Aluminiumhersteller Speira will seine Primärproduktion – also die Herstellung von Aluminium aus Erz und nicht aus Aluminiumschrott – in Neuss komplett einstellen, weil sie sich wegen der Energiekosten nicht mehr rechnet. Im vorigen Herbst hatte das Unternehmen die Hüttenproduktion im ‚Rheinwerk‘ schon halbiert. Die Kapazität war von 140.000 auf 70.000 Tonnen pro Jahr zurückgefahren worden. Damals hatte man noch auf eine rasche Entspannung am Strommarkt gehofft. Stattdessen soll die Produktion nun im Laufe des zweiten Halbjahres vollständig eingestellt werden. Rund 300 Arbeitsplätze im Rheinwerk sind davon betroffen. Für einen Teil der Mitarbeiter hofft der Betriebsrat auf andere Stellen im Konzern, unter anderem durch den Ausbau der Recyclingaktivitäten. Dafür sind Investitionen von rund 30 Millionen Euro geplant. Für die übrigen sollen sozialverträgliche Lösungen gefunden werden. Die Aluminium-Erzeugung benötigt extrem viel Strom. Um eine Tonne des Leichtmetalls herzustellen, werden im Schmelzofen rund 14 Megawattstunden Elektrizität verbraucht. Obwohl die Strompreise seit vorigen Herbst gesunken sind, sei die Erzeugung weiterhin nicht wirtschaftlich. Auch die Essener Trimet hat ihre Primärproduktion deshalb um 60 Prozent heruntergefahren. Alles in allem ist die deutsche Erzeugung von Hüttenaluminium nach Angaben des Branchenverbandes im vorigen Jahr schon um rund ein Drittel gesunken.“<sup>1</sup>

Bei dem sich andeutenden Stellenabbau werden Familien ihr Erwerbseinkommen verlieren, die wirtschaftlichen Auswirkungen werden regional bis in den Einzelhandel oder nachgelagerte Dienstleistungsbereiche spürbar sein. Dies ist auch Folge der von der Landesregierung politisch gewollten, einseitigen Ausrichtung auf teure und wetterabhängige Zufallsstromerzeugung, die die industrielle Substanz Nordrhein-Westfallens zerstört. Speira hat seinen Hauptsitz in Grevenbroich.

---

<sup>1</sup> <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/rohstoffe-strompreis-bringt-alu-industrie-in-not-18733957.html>, abgerufen am 09.03.2023.

1. Wie viele Arbeitsplätze genau bei Speira werden nach aktuellem Informationsstand der Landesregierung direkt vom geplanten Stellenabbau betroffen sein?
2. Was bedeutet dieser Stellenabbau für Nordrhein-Westfalen als Standort der Aluminiumerzeugung?
3. Wie viele Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen, über die direkt bei Speira angesiedelten hinaus, werden von dem geplanten Stellenabbau betroffen sein?
4. Sind der Landesregierung konkrete Unternehmen aus dem Umfeld zu Speira bekannt, deren Geschäft unter dem Wegfall der Aktivitäten von Speira leiden wird?
5. Ist die Ministerin oder einer ihrer Vertreter in Gesprächen mit der Unternehmensleitung und Arbeitnehmervertretern von Speira?
6. Was unternimmt die Landesregierung, um den geplanten Stellenabbau zu verhindern?
7. Wie viele Erzeuger von Primäraluminium mit wie vielen Arbeitsplätzen sind in Nordrhein-Westfalen ansässig?
8. Die Aluminiumbranche bemängelt die hohen Energiepreise in Deutschland. Wie bewertet die Landesregierung diese Einschätzung.

Vielen Dank,

mit freundlichen Grüßen

Christian Loose MdL

-----  
**Christian Loose**

Mitglied des Landtags (MdL)

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klima und Energie

*AfD-Landtagsfraktion NRW  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf*

*Tel.: 0211 – 884 45 06  
Büro Öffnungszeiten:  
Mo-Do: 10-15.00 Uhr und n.V.  
Fr.: n.V.*

**FDP-Landtagsfraktion  
Nordrhein-Westfalen****Dietmar Brockes MdL**

Stellv. Vorsitzender des Ausschuss  
für Wirtschaft, Industrie, Klima-  
schutz und Energie

Sprecher für Wirtschaft, Industrie,  
Klimaschutz und Energie sowie  
Bergbausicherheit

Sprecher für Umwelt, Natur- und  
Verbraucherschutz, Landwirt-  
schaft, Forsten und ländliche  
Räume

Düsseldorf, 10. März 2023

FDP-Landtagsfraktion NRW | Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden  
des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie  
Herrn Dr. Robin Korte MdL  
Landtag Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

**Berichts-anfrage für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie,  
Klimaschutz und Energie am 22.03.2023 unter neuem TOP „Flächenanalyse Wind-  
energie - weitere Umsetzungsschritte“**

Sehr geehrter Herr Dr. Korte,

in seiner Sitzung am Dienstag, 7. März 2023, hat das Landeskabinett die vom Wirtschaftsministerium beauftragte Windenergieflächenanalyse des LANUV beraten. Ziel ist, das Windenergieflächenbedarfsgesetz, das die entsprechende Zielvorgabe des Bundes enthält, deutlich vor den vorgesehenen Fristen bereits im Jahr 2025 umzusetzen.

Das LANUV ist beauftragt worden die Flächenpotenziale zur Windenergienutzung zu untersuchen und dabei insbesondere die Potenziale in den sechs Planungsregionen zu ermitteln. Die Flächenanalyse Windenergie NRW dient dabei als fachliche Grundlage für die Festlegung der regionalen Teilflächenziele im LEP. Damit wird auch die im letzten Jahr vom LANUV veröffentlichte Potenzialstudie Windenergie NRW vor dem Hintergrund der in der Zwischenzeit veränderten planungs- und genehmigungsrechtlicher Rahmenbedingungen beim Ausbau der Windenergie aktualisiert. Mit der Veröffentlichung des Zwischenberichts werden knapp die Rahmenbedingungen sowie die Ergebnisse der Flächenanalyse Windenergie NRW dargestellt.

Die Landesregierung wird um einen schriftlichen Bericht gebeten, wie und in welchen Schritten die im Zwischenbericht ermittelten Teilflächenziele für die Planungsregionen im weiteren geplanten Verfahren konkret operationalisiert werden und welche Auswirkungen und Folgen dies für die Planungsverfahren auf regionaler- und kommunaler Ebene hat.

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Brockes MdL

Landtag Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

T: 0211 | 884 2750  
F: 0211 | 884 | 3608

Dietmar.brockes@landtag.nrw.de  
www.fdp-fraktion-nrw.de  
 www.facebook.com/dietmar.brockes  
 www.twitter.com/brockes